



Institut für
Wirtschaftsforschung
Halle

Wirtschaft im Wandel

7/2006

26.07.2006, 12. Jahrgang

Hubert Gabrisch
Editorial

Hans-Ulrich Brautzsch
Aktuelle Trends

Jeder zweite Zusatzjob wird im Osten angeboten

Arbeitskreis Konjunktur Ostdeutschland
Ostdeutsche Wirtschaft:
Wachstum der Produktion bleibt erneut
im Ost-West-Vergleich zurück

Christian Growitsch, Heinrich Hockmann
Entwicklungen in der Effizienz- und
Produktivitätsforschung
– ein Bericht über den 1st Halle Efficiency and
Productivity Analysis Workshop –

Brigitte Loose
IWH-Bauumfrage im Juni 2006



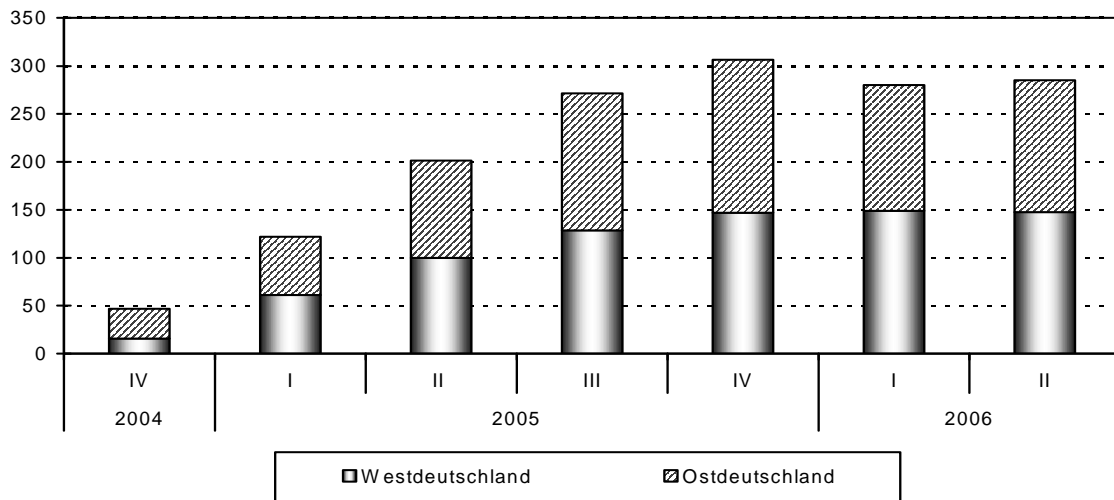
Editorial

Herr Trichet hat die Europäer auf Zinserhöhungen ab Anfang August eingestellt. Die Ankündigung weiterer Zinsanhebungen wird mit den gestiegenen Inflationsrisiken im Euro-Raum begründet. Die Furcht vor einer höheren Inflation haben die Zentralbanker ausschließlich aus der monetären Analyse gewonnen, d. h. aus der Betrachtung der Geldmengen- und Kreditentwicklung im Euro-Raum. Sie wird quantitativ mit einem Modell unterlegt, welches einen engen Zusammenhang zwischen Geldmengenwachstum und folgender Inflation postuliert. Das Prognosemodell hat in der Vergangenheit die tatsächliche Inflationsrate aber meistens überzeichnet, manchmal auch unterzeichnet. Die Abweichungen liegen zwischen -0,2 und 0,5 Prozentpunkte, was bei einem Inflationsziel von 2% eine durchaus beträchtliche Fehlerquote ist und damit zu Fehlentscheidungen beitragen kann. Der wichtigste Kritikpunkt ist jedoch nicht methodischer, sondern analytischer Art: Der Fehler der einseitigen monetären Analyse ist, daß sie nicht sagt, welcher Mechanismus in der Euro-Wirtschaft nun eigentlich dazu beiträgt, daß eine gestiegene Geldmenge zu einer höheren Inflationsrate führt. Eine einfache Geldmengenvermehrung kann, aber muß nicht zu einer höheren Inflation führen. Dazu ist ein in die Wirtschaft eingebetteter Mechanismus notwendig. Im wesentlichen beruht die enge Argumentation der EZB aber auf den gestiegenen Preisen für Erdöl. Bei unelastischer Nachfrage steigt der Bedarf an Transaktionsgeld, um die erhöhte Energierechnung zu begleichen. In den Geldmengenaggregaten schlägt sich dies im besonders dynamischen Wachstum der Basisgeldmenge nieder. Aber dies ist kein Inflationsimpuls, der aus der heimischen Wirtschaft stammt. Würde die EZB die höhere Geldnachfrage nicht bedienen, käme es zu realen Wachstumseinbußen. Anders sähe es aus, wenn die Inflationsursache in der heimischen Wirtschaft liegt. Hier gibt es einige Übertragungsmechanismen, unter anderem eine überbordende Immobiliennachfrage oder, besonders wichtig, eine Lohn-Preis-Spirale, die uns in der Vergangenheit immer wieder Phasen hoher Inflation beschert hatte. Eine restriktive Geldpolitik kann dann über eine Einschränkung des Verteilungsspielraums durchaus die Inflationserwartungen reduzieren, ohne das Wirtschaftswachstum zu beeinträchtigen. Eine Immobilienblase ist aber derzeit in der Eurozone nicht zu erkennen. Und auch von der Lohnseite gehen – seit vielen Jahren übrigens – keine Inflationsgefahren aus. Folgt man der Arbeitskostenstatistik der EZB, so sind die Reallöhne im Euroraum im Zeitraum 2002 bis 2005 nur um etwa 0,2 % gestiegen, während die Arbeitsproduktivität um 2,5 % zunahm. Die Lohnstückkosten waren also rückläufig und haben den externen Impuls steigender Ölpreise kompensiert. Nun muß man allerdings auch Zweitrundeneffekte steigender Ölpreise berücksichtigen: Sie könnten höhere Lohnforderungen nach sich ziehen. Die hohe Arbeitslosigkeit wirkt hier als Barriere. Zweitrundeneffekte sind auch in der absehbaren Zukunft nicht zu erwarten. Selbst die EZB prognostiziert nur eine verhaltene Lohnentwicklung für den Rest des Jahres. Zu befürchten ist daher, daß die Zinspolitik der EZB das ohnehin mageres Wachstum im Euroraum beeinträchtigen wird.

*Hubert Gabrisch
Forschungsdirektor des IWH*

Jeder zweite Zusatzjob wird im Osten angeboten

Entwicklung der Zahl der Arbeitsgelegenheiten^a in Ost- und Westdeutschland^b



^a Mehraufwandsvariante und Entgeltvariante der Arbeitsgelegenheiten sowie Arbeitsgelegenheiten der Initiative für Arbeitslosenhilfeempfänger.
^b Ostdeutschland einschließlich Berlin, Westdeutschland ohne Berlin.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Dem Mangel an Beschäftigungsmöglichkeiten für Arbeitslose in Ostdeutschland begegnet die Bundesagentur für Arbeit mit einem überproportional hohen Angebot an Arbeitsgelegenheiten. Fast die Hälfte der im Juni 2006 in Deutschland angebotenen ca. 280 000 Arbeitsgelegenheiten stehen in Ostdeutschland zur Verfügung. Etwa 95% der Arbeitsgelegenheiten werden dabei in der sogenannten Mehraufwandsvariante (Zusatz- bzw. Ein-Euro-Jobs) bereitgestellt. Bei ca. 5% handelt es sich um die sogenannte Entgeltvariante, bei der ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis begründet wird und bei der Hilfebedürftige an Stelle des Arbeitslosengeldes II das übliche Arbeitsentgelt erhalten. Je 100 Arbeitslose im Rechtskreis des SGB II wurden im Jahr 2005 in Ostdeutschland 15,9 und in Westdeutschland 8,6 Arbeitsgelegenheiten der Mehraufwands- und der Entgeltvariante gefördert.

In einem kürzlich veröffentlichten Bericht der Bundesagentur für Arbeit* wurden erstmals detaillierte Daten zu den Arbeitsgelegenheiten vorgelegt: So war die Mehraufwandsentschädigung pro Stunde im Jahr 2005 in Ost- und Westdeutschland nahezu gleich hoch: In Ostdeutschland betrug sie durchschnittlich 1,24 Euro, in Westdeutschland 1,27 Euro. Die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit bei der Mehraufwandsvariante lag in Ostdeutschland mit 27,7 Stunden etwas niedriger als in Westdeutschland (28,9 Stunden), bei der Entgeltvariante war sie mit 36,3 Stunden etwas höher als in Westdeutschland 34,8. Die durchschnittliche Dauer einer Arbeitsgelegenheit in der Mehraufwandsvariante betrug in Ostdeutschland 5,9 Monate (Westdeutschland: 5,4 Monate), bei der Entgeltvariante 6,8 Monate (Westdeutschland: 6,1 Monate). Etwa 85% der Stellengebote kommen aus dem Gesundheits- und Sozialwesen, den öffentlichen und privaten Dienstleistern, der öffentlichen Verwaltung und dem Erziehungs- und Bildungswesen.

Insgesamt wurden im Jahr 2005 in Ostdeutschland für Arbeitsgelegenheiten 538 Mio. Euro (Westdeutschland: 569 Mio. Euro) ausgegeben. Damit wurden in Ostdeutschland pro Monat durchschnittlich 441 Euro für eine Arbeitsgelegenheit (Westdeutschland: 476 Euro) aufgewendet.

Ulrich.Brautzsch@iwh-halle.de

* Vgl. BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT: Leistungen zur Eingliederung an erwerbsfähige Hilfebedürftige: Einsatz von Arbeitsgelegenheiten 2005. Nürnberg 2006.

http://www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/000100/html/sonder/sonderbericht_arbeitsgelegenheiten_2005.pdf

Ostdeutsche Wirtschaft: Wachstum der Produktion bleibt erneut im Ost-West-Vergleich zurück

– Kurzfassung –

Das vergangene Jahr war kein gutes Jahr für die ostdeutsche Wirtschaft. Während im früheren Bundesgebiet der konjunkturelle Aufschwung einsetzte, stagnierte die gesamtwirtschaftliche Produktionsaktivität im Osten, ging die Beschäftigung zurück, und der Aufholprozeß kam trotz sinkender Einwohnerzahl nicht voran. Maßgeblich waren altbekannte Strukturschwächen, die im Jahr 2005 besonders stark zum Durchbruch kamen: der Wegfall der flutbedingten Sonderentwicklung in der Bauwirtschaft, die bis zum Vorjahr für zusätzliche Aufträge gesorgt hatte, und der Abbau der Beschäftigung im Staatssektor.

Auch in diesem Jahr fordern die Strukturschwächen ihren Tribut, ihr Einfluß auf die Gesamtwirtschaft läßt jedoch nach. So verschaffen sich die Fortschritte bei Produktivität und Kosten im Unternehmenssektor mehr gesamtwirtschaftliche Geltung. Die noch im Jahr 2000 vorhandenen Nachteile, gemessen an den Lohnstückkosten, wurden in der Folgezeit durch moderate Lohnanstiege und Beschäftigungsrückgang abgebaut. Allerdings werden die geringen Lohnstückkosten durch das Ausscheren vieler Unternehmen aus der Tarifbindung und einen hohen Anteil des Niedriglohnssektors mitbestimmt. Trotzdem sind von der Kostenseite Voraussetzungen für das Ankoppeln an den konjunkturellen Aufschwung gegeben. Auch das Produktionspotential hat sich erhöht und läßt auf Wachstumsreserven schließen. Freilich sind die Finanzierungsmöglichkeiten überdurchschnittlich stark von der aktuellen Einkommenssituation und Fördermitteln abhängig.

Die vorteilhaften Rahmenbedingungen auf der Angebotsseite werden jedoch im Prognosezeitraum nicht ausgeschöpft. Zwar werden die Warenlieferungen in das Ausland aufgrund der günstigen Länderstruktur überdurchschnittlich steigen und Unternehmensinvestitionen anregen, die Binnen Nachfrage in Ostdeutschland insgesamt wird jedoch angesichts der schwachen Einkommensperspektiven der privaten Haushalte gedrückt bleiben. Auch von den vorgezogenen Käufen an hochwertigen Gebrauchsgütern im Vorfeld der Anhebung der Mehrwertsteuer dürfte die ostdeutsche Wirtschaft in diesem Jahr aus strukturellen Gründen wenig profitieren.

Eine Wende am Arbeitsmarkt ist nicht in Sicht. Die Beschäftigung sinkt weiterhin, obwohl die Arbeitsmarktpolitik stärker als im Westen stützend wirkt. Das Produktionswachstum resultiert vollständig aus der Steigerung der Arbeitsproduktivität. Der Produktivitätsabstand zum Westen stagniert. Die registrierte Arbeitslosigkeit steigt trotz des anhaltenden Beschäftigungsabbaus nicht, da das – an der Zahl der Erwerbsfähigen gemessene – Arbeitsangebot weiter abnimmt.

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Ostdeutschland (ohne Berlin)

	2005	2006	2007
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
Bruttoinlandsprodukt, real	-0,1	1,4	0,6
darunter: Wertschöpfung			
Verarbeitendes Gewerbe	6,0	9,0	5,5
Baugewerbe	-9,4	-3,0	-3,5
Dienstleistungen ohne Staat ^a	0,9	1,1	0,6
darunter: Anlageinvestitionen			
neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-1,0	2,5	1,5
neue Bauten	-10,0	-3,5	-4,5
neue Anlagen insgesamt	-6,5	0,0	-0,5
	in 1 000 Personen		
Erwerbstätige (Inland) ^b	5 582	5 555	5 540
Unterbeschäftigte ^c	1 675	1 651	1 617
darunter:			
Arbeitslose, registrierte	1 295	1 245	1 210
Arbeitslosenquote ^d	18,8	18,3	17,9
	Produktivität		
BIP (real) je Erwerbstätigen, Zuwachs in %	1,2	1,9	0,9
BIP (nominal) je Erwerbstätigen, ABL=100	77,2	77,5	77,7

^a Handel, Gastgewerbe, Verkehr, Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister. – ^b Einschließlich der geförderten Personen in Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen. – ^c Einschließlich der geförderten Personen in Arbeitsbeschaffungs- und traditionellen Strukturanpassungsmaßnahmen. – ^d Registrierte Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland).

Quellen: Arbeitskreise „VGR der Länder“ und „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Stand: April 2006); Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Prognose des IWH.

Arbeitskreis Konjunktur Ostdeutschland (Seite 189)

Ostdeutsche Wirtschaft: Wachstum der Produktion bleibt erneut im Ost-West-Vergleich zurück

Während die deutsche Wirtschaft insgesamt im vergangenen Jahr den Übergang zum konjunkturellen Aufschwung schaffte, stagnierte die gesamtwirtschaftliche Aktivität im Ostteil. Ersten Berechnungen der Statistiker zufolge sank das Bruttoinlandsprodukt sogar leicht. Damit wurde die drei Jahre anhaltende Phase schnelleren Produktionswachstums als im Westen Deutschlands vorläufig beendet. Maßgeblich für den Rückfall waren bekannte Strukturschwächen, vor allem die Anpassung der Bauwirtschaft und des Staatssektors an langfristig tragfähige Niveaus (Tabelle A.1). In beiden Bereichen ging die Wertschöpfung stärker als zuvor zurück, im Baugewerbe um reichlich neun Prozent.¹

In anderen Wirtschaftsbereichen setzte sich dagegen die Aufwärtsbewegung fort. Spitzenreiter beim Produktionswachstum blieb das Verarbeitende Gewerbe: Im Sog der kräftigen Nachfrage nach Industriegütern aus dem Ausland, aber auch über die regionalen Lieferbeziehungen zu Unternehmen in den alten Bundesländern aus dem Inland, expandierte die Wertschöpfung um sechs Prozent und damit mehr als doppelt so stark wie im Westen. Das bedeutete einen Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt von 1,1 Prozentpunkten. Die Wertschöpfung in den nichtstaatlichen Dienstleistungsbereichen erhöhte sich zwar nur um knapp ein Prozent, angesichts der schwachen Inlandsnachfrage in Deutschland ist ein Anstieg jedoch bemerkenswert. Insgesamt glichen sich Wachstum und Schrumpfung der Produktion zwischen den Bereichen in Ostdeutschland im Jahr 2005 gegenseitig etwa aus. Im Unternehmenssektor überwogen allerdings die Wachstumsprozesse. Ohne Baugewerbe hat die Wertschöpfung in den Unternehmen sogar um 1,2% zugenommen.

Am Arbeitsmarkt behielt der Abbau von Arbeitsplätzen in der Region die Oberhand. Selbst im kräftig wachsenden Verarbeitenden Gewerbe sank die Beschäftigung insgesamt. Lediglich die arbeitsintensiven Finanz- und Unternehmensdienstleister hielten den Beschäftigungsstand vom Vorjahr auf-

recht. Trotzdem stieg die registrierte Arbeitslosigkeit nicht, sondern ging leicht zurück. Maßgeblich dafür war das Arbeitsangebot, das sich vor allem aus demographischen Gründen verringerte.

Tabelle 1:
Wachstumsbeiträge der Wirtschaftsbereiche in Ostdeutschland (ohne Berlin) zur Wertschöpfung
- in Prozentpunkten des Zuwachses der realen Größe -

	2003	2004	2005
Bruttowertschöpfung insgesamt ^a	1,1	2,3	0,1
darunter:			
Verarbeitendes Gewerbe	1,0	1,5	1,1
Baugewerbe	-0,2	-0,2	-0,6
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	-0,1	0,3	0,2
Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleister	0,5	0,5	0,2
Öffentliche und sonstige private Dienstleister	-0,1	-0,2	-0,5
Bruttowertschöpfung der Unternehmen ^b	1,2	2,5	0,6
Unternehmen ^b ohne Baugewerbe	1,5	2,7	1,2
<i>Nachrichtlich:</i> Bruttoinlandsprodukt	1,0	1,9	-0,1

^a Die Wachstumsraten der Bruttowertschöpfung und des Bruttoinlandsprodukts unterscheiden sich aufgrund der Zurechnung der zweigübergreifenden Komponenten des Bruttoinlandsprodukts, d. h. der Gütersteuern und der Gütersubventionen. – ^b Ohne sonstige private Dienstleister.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder; Berechnungen des IWH.

Der Arbeitsplatzabbau und die geringen Lohnzuwächse verhalfen den Unternehmen zu einer weiteren Verbesserung ihrer Position im Kostenwettbewerb. Der Anstieg der Arbeitskosten blieb deutlich hinter dem statistisch gemessenen Produktivitätszuwachs zurück, so daß die Lohnstückkosten im Unternehmenssektor im Schnitt unter dem westdeutschen Niveau blieben. Die noch bis zum Jahr 2000 vorhandenen Kostennachteile gegenüber westdeutschen Anbietern wurden abgebaut.² Von dieser Seite sind die Aussichten für die Rückkehr der ostdeutschen Wirtschaft auf den Wachstumspfad günstig. Auch hat sich das Produktionspotential erhöht. Das Anlagevermögen ist trotz verringerter Investitionstätigkeit gewachsen, und das Arbeitskräftepotential ist trotz rückläufiger Bevölkerung von der Normalauslastung entfernt.

¹ Die neueste Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen hat inzwischen die Länderrechnung in Deutschland erreicht und weist ein sichtlich geändertes Wachstumsbild für die neuen Bundesländer aus. Vgl. dazu LUDWIG, U.: VGR-Revision attestiert den neuen Bundesländern stärkeres Wachstum der Produktion, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 4/2006, S. 123 ff.

² Die Revision der VGR weist auch hier ein deutlich gewandeltes Bild auf.

Tabelle 2:
Arbeitskräftepotential in Ostdeutschland^a

		2002	2003	2004	2005	Nachrichtlich: ABL 2005
in 1 000 Personen						
1	Bevölkerung	13 673	13 571	13 479	13 361	68 974
2	Erwerbsfähige ^b	9 548	9 460	9 352	9 206	45 798
3	Erwerbstätige (Inland)	5 718	5 656	5 656	5 582	33 201
4	Pendlersaldo	440	436	436	440	-530
5	Erwerbstätige Inländer (Arbeitsplätze) ^c	6 158	6 092	6 092	6 022	32 671
6	Unterbeschäftigte (Arbeitsplatzlücke)	1 799	1 769	1 740	1 730	5 040
7	Registrierte Arbeitslose	1 275	1 317	1 300	1 295	3 566
8	Sonstige Unterbeschäftigte ^d	464	382	380	380	704
9	Stille Reserve ^e	60	70	60	55	770
10	Erwerbspersonenpotential (Arbeitskräftepotenzial) ^f	7 957	7 861	7 832	7 752	37 711
in %						
11	Erwerbsfähigenquote [(2)/(1)*100]	69,8	69,7	69,4	68,9	66,4
12	Erwerbstätigenquote [(5)/(2)*100]	64,5	64,4	65,1	65,4	71,3
13	Erwerbsbeteiligungsquote [(10)/(2)*100]	83,3	83,1	83,7	84,2	82,3
14	Auslastungsgrad [(5)/(10)*100]	77,4	77,5	77,8	77,7	86,6

^a Ostdeutschland ohne Berlin. – ^b Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren. – ^c Einschließlich Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungs- und Struktur Anpassungsmaßnahmen sowie Beschäftigung schaffenden Infrastrukturmaßnahmen; 1-Euro-Jobs. – ^d Arbeitslose nach §125, 126 SGB III; Ausfall durch Kurzarbeit in Vollzeitäquivalenten; Teilnehmer an beruflicher Weiterbildung (in Vollzeitäquivalenten); Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen; Teilnehmer an Deutschlehrgängen; Vorruhestandler; Ausfall durch Altersteilzeit in Vollzeitäquivalenten; Teilnehmer am Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit, am Programm JUMP+, am Programm Arbeit für Langzeitarbeitslose sowie die im Rahmen der so genannten Freien Förderung begünstigten Erwerbstätigen, die nicht zu den Erwerbstätigen zählen (geschätzt). – ^e Schätzungen auf der Grundlage von Angaben des IAB zur Stillen Reserve i. e. S. – ^f Summe aus Erwerbstätigen und Unterbeschäftigten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (Rechenstand: März 2006); Bundesagentur für Arbeit; FUCHS, J.; WALWEI, U.; WEBER, B.: Die „Stille Reserve“ gehört ins Bild vom Arbeitsmarkt, in: IAB-Kurzbericht, 21/2005; Berechnungen des IWH.

In diesem Jahr stimulieren die Rahmenbedingungen in der Weltwirtschaft auch die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland, trotz Eintrübung auf den Weltfinanzmärkten und hoher Energiepreise seit dem Frühjahr.³ Der exportorientierte Sektor ist zwar kleiner als im Westen und damit auch seine Ausstrahlung auf die Gesamtwirtschaft. Solange jedoch die Nachfrage bei den wichtigsten Handelspartnern in West- und Osteuropa steigt und die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Anbieter erhalten bleibt, ist mit weiteren Zuwächsen der Warenausfuhr zu rechnen. Hier werden auch Impulse für Investitionen in exportintensiven Unternehmen ausgelöst; der Auslastungsgrad der industriellen Produktionskapazitäten ist inzwischen auf den langfristigen Durchschnitt gestiegen. Unterstützung zugunsten von Investitionsentscheidungen kommt angesichts noch niedriger Zinsen auch von den Finanzmärkten. Allerdings ist die Bedeutung der Fremdfinanzierung in den neuen Bundesländern geringer als in den alten.

Die Impulse aus der Region für die Belebung der Produktion bleiben dagegen schwach. Eine Wende

am Arbeitsmarkt ist nicht in Sicht, die Einkommensperspektiven hellen sich nicht auf. Die Einwohnerzahl schrumpft weiter und damit auch der Kreis der Nachfrager. Auch wenn die privaten Konsumausgaben und der Wohnungsbau in diesem Jahr dank einiger zusätzlicher Anregungen zur Vermeidung des Kaufkraftverlustes nach der Anhebung der Mehrwertsteuer vorübergehend gestützt werden, ändert dies wenig an der Schwäche der Fundamentalfaktoren. Im kommenden Jahr wird der Nachfrageausfall im Inland infolge der restriktiven Finanzpolitik die Entwicklungsdynamik der Produktion auch in Ostdeutschland bremsen.

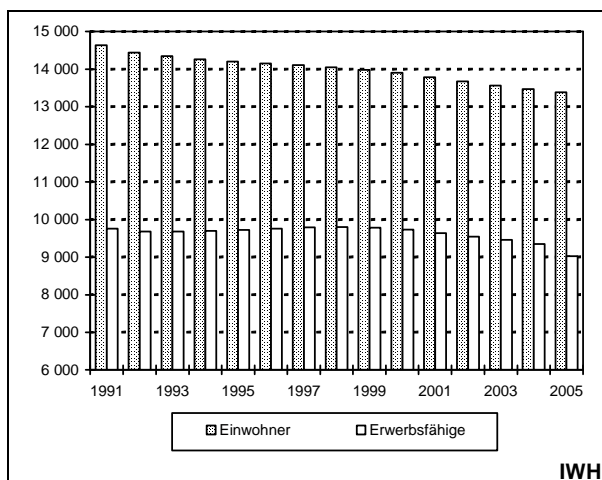
Ausstattung mit Arbeit und Sachkapital

Im vergangenen Jahr ist die Einwohnerzahl in den neuen Bundesländern erneut gesunken und mit ihr die Zahl der Erwerbsfähigen. Wie in den Vorjahren waren dafür demographische Faktoren ausschlaggebend: die geringe Geburtenhäufigkeit und die Abwanderung. Insbesondere kommt jetzt der Geburtenrückgang seit 1989 bei der Altersgruppe der Erwerbsfähigen an. Noch besteht jedoch ein zahlenmäßiger Angebotsüberhang an Arbeitskräften, der auf eine Reserve von etwa zwei Millionen Beschäftigten hin-

³ Vgl. ARBEITSKREIS KONJUNKTUR: Konjunktur aktuell, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 6/2006, S. 165 ff.

weist. Von den 8,2 Millionen arbeitsfähigen Erwerbspersonen im Osten hatten 2005 nur sechs Millionen einen Arbeitsplatz am ersten oder zweiten Arbeitsmarkt in Ost- oder in Westdeutschland. Rund 1,8 Millionen waren als Arbeitslose registriert oder in anderer Form unterbeschäftigt. Das Arbeitskräftepotential wird zahlenmäßig nur zu drei Vierteln ausgeschöpft, im Westen dagegen zu 87%.

Abbildung 1:
Zahl der Einwohner und der Erwerbsfähigen^a in Ostdeutschland^b von 1991 bis 2005
- in 1 000 Personen -



^a Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren. – ^b Ostdeutschland ohne Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (Rechenstand: März 2006); Berechnungen des IWH.

Tabelle 3:
Arbeitslose nach Strukturmerkmalen im Jahr 2005 in Ost- und in Westdeutschland
- in % -

	NBL	ABL
Berufsausbildung		
ohne	25,9	47,2
mit	74,1	52,8
Alter		
15 bis unter 25 Jahre	14,1	12,6
25 bis unter 50 Jahre	59,9	62,9
50 bis unter 65 Jahre	26,0	24,5
Gesundheitliche Einschränkungen		
mit gesundheitlichen Einschränkungen	21,2	22,5
Schwerbehinderte	3,2	4,6
Langzeitarbeitslose	42,1	35,1

^a Ostdeutschland einschließlich Berlin, Westdeutschland ohne Berlin.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt 2005.

Unter den Arbeitslosen befinden sich zwar relativ wenige ohne Berufsausbildung, ihre Einsatz-

fähigkeit wird allerdings durch den großen Anteil Langzeitarbeitsloser geschmälert. Belastend ist auch der hohe und wachsende Anteil Jugendlicher ohne abgeschlossene Berufsausbildung (Tabelle A2).

Tabelle 4:
Anlagevermögen in Ostdeutschland^a

	2002	2003	2004	
	Veränderung gegen- über Vorjahr in % ^b		Niveau ^c ABL = 100	
Insgesamt				
Bruttoanlagevermögen	3,5	1,8	2,5	13,6
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	4,4	1,5	1,1	15,1
Kapitalproduktivität ^d	-2,3	-0,8	-0,7	97,0
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-3,1	-0,5	0,7	87,4
Kapitalintensität je Arbeitsplatz ^e	5,1	2,9	2,5	79,7
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	6,0	2,6	1,1	88,4
Darunter:				
Produzierendes Gewerbe				
Bruttoanlagevermögen	1,2	-0,1	1,1	17,0
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	3,9	1,2	1,2	15,6
Kapitalproduktivität ^d	-1,6	3,4	4,1	70,9
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-4,1	2,1	4,0	77,3
Kapitalintensität je Arbeitsplatz ^e	6,9	3,3	3,1	105,2
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	9,7	4,6	3,1	96,4
Dienstleistungsbereiche einschließlich Staat				
Bruttoanlagevermögen	4,1	2,2	2,9	12,9
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	4,6	1,3	0,9	14,3
Kapitalproduktivität ^d	-1,6	-1,8	-2,1	104,2
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-2,2	-1,0	-0,1	93,8
Kapitalintensität je Arbeitsplatz ^e	4,1	2,4	2,2	75,3
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	4,7	1,6	0,1	83,7

^a Neue Länder ohne Berlin, alte Länder einschließlich Berlin. – ^b In Preisen von 2000. – ^c In Wiederbeschaffungspreisen. – ^d Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttowertschöpfung der Bereiche bezogen auf den Jahresanfangswert des Bruttoanlagevermögens. – ^e Kapitalstock je Erwerbstätigen (Jahresanfangsbestand).

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (Stand: April 2006); Berechnungen des IWH.

Der Kapitalstock, eine weitere Komponente zur Kennzeichnung des Produktionspotentials, ist in den vergangenen Jahren weiter gestiegen. Der Zuwachs des Bruttoanlagevermögens blieb jedoch infolge der rückläufigen Ausrüstungsinvestitionen

im Jahr 2003 schwach. Trotzdem ist der Rückstand des ostdeutschen Wirtschaftsraums in der Ausstattung mit Ausrüstungen, Bauten und sonstigen Anlagen kleiner geworden, er ist aber nach wie vor erheblich. Auf einen Einwohner kam zu Beginn des Jahres 2004 ein Anlagevermögen von 96 300 Euro. Dies entsprach rund 70% des Standes in den alten Bundesländern. Bei Ausrüstungen und sonstigen Anlagen ist der Abstand mit 23% etwas geringer.

Mit dem Wachstum des Kapitalstocks hat sich auch die Ausstattung der vorhandenen Arbeitsplätze mit Maschinen und Anlagen, gemessen mit der Kapitalintensität, erhöht. Im Produzierenden Gewerbe wird inzwischen der Stand pro Arbeitsplatz in den alten Bundesländern überschritten, in der Gesamtwirtschaft jedoch nicht. Im Dienstleistungssektor einschließlich Staat verfügt ein Beschäftigter am Arbeitsplatz über ein Viertel weniger an Anlagen als in den alten Bundesländern.

Ein wachsender Ausstattungsgrad der Arbeitsplätze mit Sachanlagen ist eine technische Voraussetzung für die Steigerung der Produktivität. Allerdings wird auch nach der Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ein kontinuierlicher Rückgang der Produktivität des Kapitaleinsatzes in Ostdeutschland ausgewiesen. Maßgeblich war der Dienstleistungsbereich mit seinen geringen Zuwächsen an Wertschöpfung, verursacht vor allem durch die gewollte Rückführung des überdimensionierten Staatssektors. Der Abwärtstrend hat sich allerdings in den wachstumsstarken Jahren nach 2000 deutlich abgeschwächt. Im Produzierenden Gewerbe ist die Kapitalproduktivität sogar zwei Jahre in Folge kräftig gestiegen. Damit ist das in der technischen Ausstattung der Arbeitsplätze verkörperte Produktivitätspotential besser als zuvor genutzt worden. Die Kapitalproduktivität im Produzierenden Gewerbe bleibt jedoch weiterhin deutlich hinter dem Stand in den alten Bundesländern zurück.

Finanzierungsaspekte

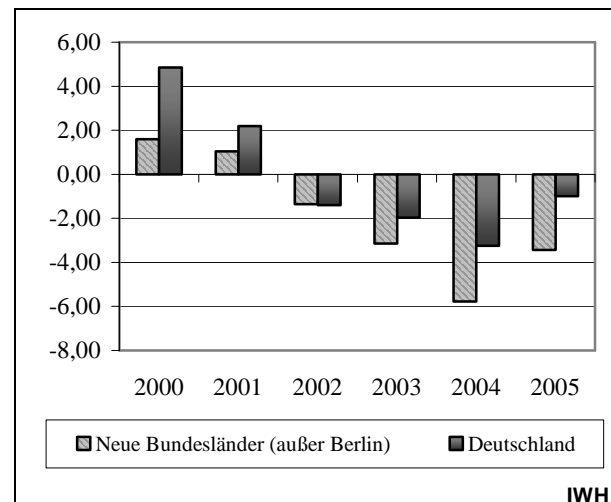
Im Jahr 2005 sind die Kredite deutscher Banken an Unternehmen und wirtschaftlich selbständige Privatpersonen in ganz Deutschland, wenn auch langsamer als zuvor, nunmehr das vierte Jahr in Folge gesunken, zuletzt um knapp ein Prozent. Abermals waren die Kredite in den neuen Bundesländern mit fast 3½% stärker rückläufig als im gesamten Bundesgebiet. Es stellt sich daher zunehmend die Frage, ob und inwieweit sich die Finanzierungsmöglichkeiten von Unternehmen in Ostdeutschland als

Hemmnis für die wirtschaftliche Entwicklung erweisen.

Abbildung 2:

Kredite an Unternehmen und wirtschaftliche selbständige Privatpersonen

- Veränderung gegenüber Vorjahr in % -



Quellen: Deutsche Bundesbank; Berechnungen des IWH.

Hierzu ist der Befund zunächst etwas zu relativieren. Laut IAB-Betriebspanel hat die Bedeutung von Krediten und Darlehen als Instrument zur Finanzierung von Investitionen sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland im Jahre 2004 (jüngere Zahlen sind nicht verfügbar) weiter abgenommen. So betrug deren Anteil in den neuen Bundesländern nur noch ein Fünftel, in den alten Bundesländern noch ein Viertel des investitionsbedingten Finanzierungsbedarfes.⁴ Im Gegenzug stieg der Anteil der eigenmittelfinanzierten Investitionen in Ostdeutschland auf etwas über 52% an, in Westdeutschland auf knapp 66%. Nunmehr finanzierten 78% der ostdeutschen Betriebe ihre Investitionen mindestens zu 50% durch Eigenmittel (2003: 75%), während der entsprechende Anteil in Westdeutschland mit 81% nahezu konstant geblieben ist (2003: 82%). Hierbei ist jedoch auffallend, daß die Betriebe in den neuen Bundesländern zu mehr als vier Fünftel auf laufende Einnahmen zurückgegriffen haben, während bei Betrieben in den alten Bundesländern die laufenden Einnahmen weniger als drei Viertel der verwendeten Eigenmittel ausmachten. Dieser strukturelle Unterschied zwischen den Regionen läßt darauf schließen, daß in den

⁴ Zudem haben in den Jahren 2003 und 2004 die Wertberichtigungen und Abschreibungen – nicht zuletzt aufgrund der hohen Anzahl von Unternehmensinsolvenzen – das Kreditneugeschäft überlagert.

westdeutschen Ländern andere Eigenfinanzierungsformen, wie beispielsweise Finanzierungsströme innerhalb von Unternehmensverbünden, aber auch externe Eigenfinanzierungen, beispielsweise in Form von Venture Capital, bedeutsamer sind als in den neuen Bundesländern. Er macht zudem deutlich, daß die Investitionstätigkeit in den neuen Bundesländern stärker von der aktuellen Einnahmensituation abhängig ist.

Tabelle 5:

Anteile alternativer Finanzierungsformen an der Investitionsfinanzierung in den neuen und alten Bundesländern in den Jahren 2003 und 2004

- in % -

	NBL		ABL	
	2003	2004	2003	2004
Eigenmittel	49,8	52,2	63,7	65,8
<i>Nachrichtlich:</i> davon laufende Einnahmen		80,2		72,9
Darlehen und Kredite	22,3	20,1	28,0	24,2
Fördermittel	27,9	27,7	8,3	9,9

Quellen: IAB-Betriebspanel; Berechnungen des IWH.

Gerade diese Abhängigkeit von laufenden Einnahmeüberschüssen stellt ein potentiell Hindernis für eine Verbesserung der Wachstumsaussichten Ostdeutschlands und damit für eine rasche Konvergenz der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ostdeutscher Betriebe dar. Grundsätzlich sind Maßnahmen zur Steigerung der Produktivität, wie Forschung und Entwicklung sowie anderer, auch organisatorischer Innovationen, die treibende Kraft von Wachstums- und damit auch Aufholprozessen. Allerdings erfordert deren Finanzierung ein entsprechendes Eigenfinanzierungsvolumen der Unternehmen, da eine Fremdfinanzierung ein sehr hohes Maß an Expertise seitens der Kapitalgeber erfordert, um die Profitabilität dieser Maßnahmen richtig einzuschätzen und um die Mittelverwendung steuern und ihren Anspruch auf deren Erträge durchsetzen können.

Obgleich sich die Eigenfinanzierung – nicht zuletzt wegen erfolgreicher Konsolidierungsbemühungen – bei den Betrieben in Ostdeutschland grundsätzlich vorteilhaft entwickelt hat, ist der Anteil der laufenden Einnahmen hieran vergleichsweise hoch. In konjunkturell schwierigen Zeiten lassen sich daher in Ostdeutschland produktivitätssteigernde Maßnahmen tendenziell schlechter finanzieren als in Westdeutschland. Daß eine Bankfinanzierung die Auswirkungen rückläufiger Innenfinanzierungsmöglichkeiten auf die Innovations-

leistung kaum abfedert, wird insbesondere deutlich an der Gegenüberstellung der Angaben, die Betriebe in Bezug auf Schwierigkeiten bei der Kreditfinanzierung von Investitionen und Innovationen gemacht haben. So gaben für das Jahr 2004 laut IAB-Betriebspanel nur 8% der Betriebe in Ost- und in Westdeutschland Probleme mit der Kreditfinanzierung ihrer Investitionen an. Bei der Finanzierung von Innovationen jedoch ist für 2003 der Anteil der Betriebe mit Schwierigkeiten bei der Kreditaufnahme in Ostdeutschland mit 30% deutlich höher, auch im Vergleich mit Westdeutschland (25%). Es besteht daher die Gefahr, daß sich die Besonderheiten in der Finanzierungsstruktur ostdeutscher Betriebe vor dem Hintergrund der langen Phase konjunktureller Schwäche letztlich auch als Wachstumshemmnis darstellen.

Entwicklung der Nachfrage

Hohe Dynamik der Ausfuhr nach Mittel- und Osteuropa

Die bereits seit einigen Jahren anhaltende kräftige Dynamik der Warenausfuhren der neuen Bundesländer in das Ausland setzte sich im vergangenen Jahr nahezu unvermindert fort. So konnten die ostdeutschen Länder, trotz einer Verlangsamung des konjunkturellen Aufwärtstrends bei den Haupthandelspartnern, ihre Exporte abermals um über 10% steigern, nach 11% Zuwachs im Vorjahr.

Tabelle 6:

Export der neuen Bundesländer in das Ausland nach Warengruppen im Jahr 2005

- in jeweiligen Preisen -

	Mio. Euro	Anteil in %	Zuwachs gg. Vj. in %
Ausfuhr insgesamt	42 246	100,0	10,6
darunter:			
Kraftwagen und Teile	8 365	19,8	6,4
Chemische Erzeugnisse	5 261	12,5	12,9
Maschinen	4 229	10,0	14,1
Rundfunk- und Nachrichtentechnik	2 880	6,8	0,8
Metalle	2 833	6,7	22,9
Nahrungsgüter	2 164	5,1	0,9

Quellen: Sonderauswertung des Statistischen Bundesamtes; Berechnungen des IWH.

Zu den wichtigsten Exportgütern der neuen Bundesländer zählten auch 2005 Kraftwagen und Kraftwagenteile, chemische Erzeugnisse und Maschinen. Die höchsten Zuwachsraten wurden bei Metallerzeugnissen, Maschinen und chemischen

Produkten erzielt, während die Exporte von Kraftwagen und Kraftwagenteilen, wie schon im Vorjahr, nur unterdurchschnittlich zunahmen.

Die meisten Warenlieferungen gingen im Jahr 2005 wie zuvor in die alten EU-Mitgliedstaaten. Der Zuwachs der ostdeutschen Exporte nach West- und Südeuropa fiel gegenüber den vorausgegangenen Jahren jedoch unterdurchschnittlich aus (Tabelle A3). Maßgeblich dafür war die sehr verhaltene konjunkturelle Entwicklung in dieser Region, insbesondere in den für den ostdeutschen Außenhandel wichtigen Ländern Frankreich, Großbritannien, Italien und den Niederlanden. Unterstützend wirkte dagegen die erneut verbesserte preisliche Wettbewerbsfähigkeit gegenüber diesen Handelspartnern.

Beflügelt wurde der Anstieg der Exporte der neuen Bundesländer im Jahre 2005 durch erhebliche Ausfuhrsteigerungen in die neuen EU-Mitgliedstaaten. Hier konnte insgesamt ein Zuwachs von nahezu 20% im Vergleich zum Vorjahr erzielt werden. Wie schon im vorletzten Jahr erwies sich 2005 Polen als treibende Kraft mit einem Zuwachs von 35%. Doch auch nach Estland und Ungarn konnten Steigerungsraten von über 20% erzielt werden. Damit hat sich im vergangenen Jahr die Entwicklung in der jüngeren Vergangenheit wieder umgekehrt: Die Exporte der neuen Bundesländer nach Mitteleuropa wuchsen 2005 wieder stärker als nach West- und Südeuropa. Damit hat sich die Bedeutung der neuen EU-Mitgliedstaaten für den Außenhandel der ostdeutschen Bundesländer erhöht. Während die alten Bundesländer nur 8,2% ihres Gesamtexports mit den neuen EU-Mitgliedern abwickeln, liegt dieser Anteil bei den neuen Bundesländern mit 14,3% fast doppelt so hoch. Eine Rolle bei der Stärkung des Exports nach Mitteleuropa spielte die preisliche Wettbewerbsfähigkeit. Insbesondere bei für den Handel mit dieser Region wichtigen Warengruppen der Metall- und Elektroindustrie hat sie sich verbessert. In den mittel- und osteuropäischen Ländern haben sich die Arbeitskosten so entwickelt, daß sich der Nachteil der neuen Bundesländer hinsichtlich der Lohnstückkosten verringert hat, wenngleich die Entwicklung nach Branchen uneinheitlich verlief (Tabelle A4).

Im Handel mit Amerika konnten die Exportrückgänge von 2004 im vergangenen Jahr mehr als kompensiert werden. Diese Entwicklung folgt der weiteren konjunkturellen Erholung beim wichtigsten Handelspartner auf diesem Kontinent, den USA, und wurde durch die zeitweilige Stabilisie-

rung des Euro-Dollar-Wechselkurses begünstigt. Demgegenüber gab es beim Export nach Asien erhebliche Einbußen an Dynamik. Hier dürfte es sich jedoch in nicht unerheblichem Maße um eine Anpassungsreaktion an die beträchtlichen Zuwächse in den Jahren 2003 und 2004 handeln. Ein ähnliches Bild ergibt sich für die Exporte nach Rußland, die nach einem starken Anstieg 2004 im vergangenen Jahr ebenfalls nur unterdurchschnittlich zugenommen haben.

Im Jahr 2006 bestehen die günstigen Voraussetzungen für weitere expansive konjunkturelle Impulse vom Außenhandel fort. Sowohl die beschleunigte Expansion im Euroraum als auch die weitere Festigung des Produktionswachstums in den meisten neuen EU-Mitgliedstaaten, insbesondere beim für den ostdeutschen Außenhandel wichtigen Handelspartner Polen, werden die ostdeutschen Exporte weiter stimulieren. Unterstützend dürfte hier die erneute Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit wirken. Die leichte konjunkturelle Abschwächung in Nordamerika und Südostasien wird aufgrund der geringen Bedeutung dieser Regionen für den ostdeutschen Außenhandel kaum Auswirkungen zeigen. Auch im Jahr 2007 wird sich der Aufwärtstrend bei den Ausfuhren der neuen Bundesländer, wenn auch leicht abgeschwächt, fortsetzen.

Investitionstätigkeit fängt sich

Seit 1996 sinken die Anlageinvestitionen in Ostdeutschland. Der Rückgang hat sich nach vorübergehender Abschwächung im Zeitraum 2003 bis 2004 im vergangenen Jahr erneut drastisch verstärkt. In der Industrie fehlten Großprojekte, die, ähnlich wie 2004 im Kraftfahrzeugbau und in der elektrotechnischen Industrie, für ein hohes Niveau der Investitionstätigkeit gesorgt hätten. Zudem dürfte eine Reihe von Unternehmen einen Teil der für 2005 vorgesehenen Investitionen in Ausrüstungen wegen der Verbesserung der Abschreibungsbedingungen in das Folgejahr verschoben haben.⁵ Außerdem lief die Beseitigung der Flutschäden aus, und es folgte ein kräftiger Rückgang der Bauinvestitionen.

Zieht man die alten Bundesländer als Referenzraum heran, erweist sich die Investitionslücke nach der Revision der regionalen volkswirtschaftlichen

⁵ Laut IWH-Umfrage vom März 2006 blieben im Verarbeitenden Gewerbe die im Jahr 2005 realisierten Ausrüstungsinvestitionen um 14% hinter den ursprünglichen Planungen zurück. Die Unternehmen, die im vergangenen Jahr Abstriche vornahmen, wollen aber im laufenden Jahr signifikant häufiger ihren Ausrüstungsbestand erweitern.

Gesamtrechnungsdaten deutlich größer als ursprünglich berechnet. Die ostdeutschen Investitionen in Bauten und Ausrüstungen werden jetzt zwar für die zweite Hälfte der neunziger Jahre höher ausgewiesen, für die Jahre nach 2000 sind sie dagegen einer deutlichen Abwärtskorrektur unterzogen worden. Diese fiel mit 15% für 2001 und 21% für 2002 besonders stark bei den Ausrüstungsinvestitionen aus. Je Einwohner gerechnet, wurde hier im Jahr 2003 das westdeutsche Pro-Kopf-Niveau um 37% unterschritten. Die Datenkorrektur fiel bei den Bauinvestitionen milder aus und wegen der vergleichsweise hohen Pro-Kopf-Investitionen im gewerblichen und öffentlichen Bereich wird der westdeutsche Stand hier nur knapp verfehlt. Die Anlageinvestitionen insgesamt liegen pro Einwohner seit dem Jahr 2001 unter dem westdeutschen Niveau, derzeit um knapp 20%.

Für das laufende und das kommende Jahr signalisieren einige Großinvestitionen in Industrie und Verkehr wieder Zugänge an Ausrüstungsinvestitionen. Auch die steigenden Exportaktivitäten erzeugen Druck zur Ausweitung der Produktionskapazitäten, und die großzügigeren Abschreibungsbedingungen wirken stimulierend. Laut der IWH-Investitionserhebung zieht sich die steigende Investitionsneigung durch nahezu alle Zweige des Verarbeitenden Gewerbes. Besonders kräftig soll die Anschaffung neuer Ausrüstungen in den Betrieben der Chemischen Industrie, der Elektrotechnik und der Möbelindustrie ausgeweitet werden.

Allerdings dürften sich die Investitionsaktivitäten insgesamt wegen der für den Bau unverändert ungünstigen Fundamentalfaktoren nicht erhöhen. Die Bauinvestitionen steigen zwar im weiteren Verlauf dieses Jahres nach dem tiefen Rückgang in den Wintermonaten, das Niveau vom Vorjahr dürfte aber nicht erreicht werden. Der Wohnungsbau wird wegen der Baumaßnahmen der privaten Haushalte zur Mitnahme der Eigenheimzulage und der noch günstigen Mehrwertsteuersätze weniger stark zurückgehen als im Vorjahr. Der gewerbliche Bau profitiert erneut von einzelnen Großprojekten. Auch bei den öffentlichen Bauten sprechen die leichte Verbesserung der Haushaltssituation der Kommunen, die Einnahmen des Bundes aus der LKW-Maut und die Aufstockung der Bundesmittel für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur für eine Abschwächung des Rückgangs.

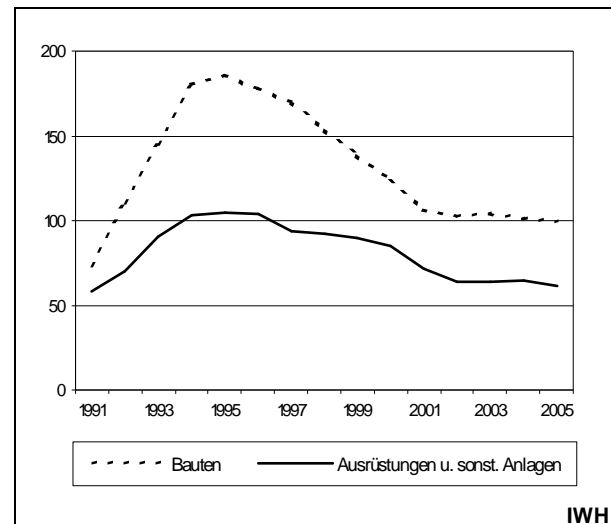
Im Jahr 2007 werden die Investitionsaktivitäten im Gefolge der erwartet allgemein schwächer werdenden Konjunktur und wegen der vorgezogenen und nun fehlenden Neubau- und Sanierungsarbei-

ten im Wohnungsbau allerdings wieder deutlich nachlassen.

Abbildung 3:

Ausrüstungs- und Bauinvestitionen im Ost-West-Vergleich^a

- Niveaurelation je Einwohner in jeweiligen Preisen, Westdeutschland = 100 -



^a Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland einschließlich Berlin.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (Stand: April 2006); Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Tabelle 7:

Anlageinvestitionen in Ostdeutschland^a

- Veränderung gegenüber Vorjahr in %; Preise von 2000 -

	2003	2004	2005	2006	2007
Anlageinvestitionen	-1,6	-0,7	-6,5	0,0	-0,5
davon:					
Neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-2,1	2,6	-1,0	2,5	1,5
Bauinvestitionen insgesamt	-1,3	-2,7	-10,0	-3,5	-4,5
davon:					
Wohnbauten	-0,9	-2,5	-12,2	-4,0	-5,5
Nichtwohnbauten	-1,6	-2,9	-8,3	-3,0	-1,8

^a Ohne Berlin.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (Stand: April 2006); Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Privater Konsum im Sog von Bevölkerungsrückgang und Einkommensschwäche

Im vergangenen Jahr ist die Zahl der Einwohner und damit auch der Konsumenten in den neuen Bundesländern erneut gesunken. Zudem dürften die Masseneinkommen, die den Kernbereich der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte bilden, nur wenig gestiegen sein. Die Erwerbsein-

kommen sind infolge des anhaltenden Beschäftigungsabbaus gesunken, obwohl sich die Bruttoverdienste je Arbeitnehmer geringfügig erhöht haben. Die monetären Sozialleistungen dürften jedoch wegen der erneut ausgesetzten Anhebung der Renten und dank verringerter Arbeitslosenzahlen nur wenig gestiegen sein. Ihrem Rückgang entgegen wirkte die unerwartet intensive Inanspruchnahme von Arbeitslosengeld II. Gestützt wurde die finanzielle Lage der privaten Haushalte auch im Jahr 2005 von den zunehmenden Einkommen aus Vermögen und Gewinnentnahmen der Selbständigen. Die gestiegenen Kosten der Lebenshaltung haben 2005 die Konsumausgaben real sinken lassen.⁶

Bevölkerungsrückgang, Beschäftigungsabbau und Einkommenschwäche halten im Prognosezeitraum an. Die Anhebung der Versorgungssätze für Empfänger von Arbeitslosengeld II auf Westniveau wirkt zwar erhöhend auf die monetären Sozialleistungen, die Anspruchsberechtigung wird aber strikter kontrolliert. Zudem verstärkt sich der Kaufkraftverlust vor allem durch die kräftig steigenden Energiepreise. Allerdings ziehen 2006 die Konsumenten Käufe vor, um einem weiteren Treibsatz zur Preiserhöhung, der Anhebung der Mehrwertsteuer im nächsten Jahr, auszuweichen. Dazu werden sie aus dem laufenden Einkommen weniger sparen. Im kommenden Jahr fehlen dann diese Käufe. Die privaten Konsumausgaben werden schwächeln.

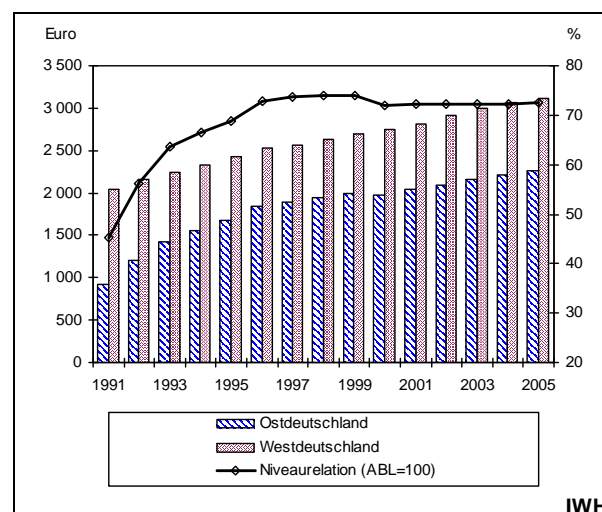
Entwicklungen im Unternehmenssektor

Die ostdeutschen Unternehmen haben in den Jahren seit 2000 ihre Position im Kostenwettbewerb verbessert. Die Lohnzuwächse blieben vor allem im Verarbeitenden Gewerbe hinter dem Produktivitätsanstieg zurück, so daß die Lohnstückkosten sanken. Aber auch in den anderen Bereichen wurde der Kostennachteil, wenn auch nicht kontinuierlich, abgebaut. Im Jahr 2005 war allerdings die Zunahme der Arbeitskosten nur im Verarbeitenden Gewerbe und im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr durch die Produktivitätssteigerung gedeckt. Bei Finanz- und Unternehmensdienstleistungen war dies nicht der Fall, die Lohnstückkosten blieben aber unter Westniveau.

⁶ Eine ausführliche empirische Analyse und Prognose der Entwicklung des größten Nachfrageaggregats, der privaten Konsumausgaben, ist derzeit aus Datengründen nicht möglich. Die für den gesamten Zeitraum 1991 bis 2003 revidierten und für 2004 erstmals berechneten amtlichen Angaben liegen nach Terminverschiebungen des Arbeitskreises VGR der Länder erst nach Redaktionsschluß vor.

Niedrige Kosten verschaffen nicht nur Raum im Kampf um Marktanteile, sondern sie sind auch ein Vorteil bei der Suche nach auswärtigen Investoren. Die Fortschritte bei der Kostensenkung wurden allerdings in vielen Fällen zu Lasten der Beschäftigung und durch das Ausscheren aus den Tarifverträgen erreicht. Solange mit dem Ausstieg von Unternehmen aus der Tarifbindung frühere Fehlentwicklungen beispielsweise in der Lohnpolitik korrigiert werden, sind solche Schritte anpassungsbedingt sinnvoll. Unterschreiten dabei die Marktlöhne jedoch den Anspruchslohn für die Aufnahme einer qualifizierten Tätigkeit in Ostdeutschland, schaden solche Entwicklungen dem Standort.

Abbildung 4:
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der vollbeschäftigten Arbeitnehmer^a in Ost- und Westdeutschland^b



^a Produzierendes Gewerbe, Handels-, Kredit- und Versicherungsunternehmen. – ^b Ostdeutschland einschließlich Berlin-Ost und Westdeutschland einschließlich Berlin-West.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Vergleicht man die durchschnittlichen Monatsverdienste eines vollbeschäftigten Arbeitnehmers im Unternehmenssektor zwischen den neuen und den alten Bundesländern, so wird deutlich, daß sich bei steigenden Bruttoverdiensten der Lohnabstand seit Ende der neunziger Jahre nicht verändert hat. Der Verdienst eines Vollbeschäftigten beläuft sich im Produzierenden Gewerbe Ostdeutschlands auf rund 70% des Westniveaus, in Handels-, Kredit- und Versicherungsunternehmen auf 74%. Über alle Beschäftigtengruppen im Unternehmenssektor gerechnet, ist der Abstand größer. Im Produzierenden Gewerbe liegt die Annäherung bei 62%, im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr bei 71%. Beachtet man die längeren Arbeitszeiten im

Osten, liegen die Bruttoverdienste im Unternehmenssektor je geleistete Arbeitsstunde bei zwei Dritteln des Westniveaus, im Verarbeitenden Gewerbe bei knapp 60%.

Tabelle 8:
Tariforientierung in den Betrieben Ostdeutschlands im Jahr 2005
- Anteil der Betriebe in % -

	Branchen- tarif- vertrag	Haus- tarif- vertrag	Vergleich- bare tariff. Entlohnung	Ohne Orien- tierung
Landwirtschaft	10	1	24	65
Bergbau/Energie/ Wasser	32	17	41	10
Verarb. Gewerbe	17	5	34	44
Ernährungsgew.	28	7	34	31
Verbrauchsgüter	11	5	28	56
Vorleist.-güter	17	5	32	46
Inv.-/Gebr.-güter	14	5	34	47
Baugewerbe	34	2	33	31
Handel/Reparatur	15	3	30	52
Verkehr/Nachr.- übermittlung	8	4	25	63
Kredit-/Versiche- rungsgew.	27	0	24	49
Dienstl. überwie- gend für Untern.	11	3	22	64
Erziehung/ Unterricht	33	17	16	34
Gesundheits-/ Sozialwesen	16	4	44	36
Sonstige Dienstl.	12	5	24	59

Quellen: IAB-Betriebspanel 2005; Berechnungen des IWH.

Diese Lohnabstände werden auch durch die verschieden starke Tariforientierung der Unternehmen mitbestimmt. Sie ist in Ostdeutschland im Jahr 2005 weiter gesunken. Auf eine geringere Einbeziehung in den Branchentarifvertrag verweisen laut IAB-Betriebspanel sowohl Betriebe aus dem Produzierenden Gewerbe, so Investitionsgüterhersteller wie auch Ge- und Verbrauchsgüterproduzenten, sowie aus dem Baugewerbe, als auch aus dem Dienstleistungssektor. Dort ist die Tarifbindung vor allem im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Kredit- und Versicherungsgewerbe, Gesundheits- und Sozialwesen sowie Dienstleistungen für Unternehmen besonders schwach.

Die vergleichsweise geringen Durchschnittsverdienste sind zugleich ein Reflex des hohen Anteils des Niedriglohnbereichs in Ostdeutschland. Im Jahr 2005 lag der Verdienst jedes Dritten am ersten oder zweiten Arbeitsmarkt unter der Niedriglohnschwelle (vgl. Kasten).

Kasten:

Jeder dritte ostdeutsche Erwerbstätige ist im Niedriglohnbereich beschäftigt

Im Jahr 2005 waren etwa 1,8 Millionen Personen bzw. jeder dritte Erwerbstätige in Ostdeutschland im Niedriglohnbereich tätig. Bei dieser überschlägigen Berechnung wurden folgende Personengruppen zu den Niedriglohnbeschäftigten gezählt:*

- Laut Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung ließen sich für das Jahr 2004 rund 17% der sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigten in Ostdeutschland dem Niedriglohnbereich zurechnen.** Damit dürften im Jahr 2005 in Ostdeutschland (ohne Berlin) schätzungsweise 550 000 sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigte Niedriglohnbezieher gewesen sein.
- Etwa 650 000 Personen waren im Jahr 2005 in Ostdeutschland als sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigte tätig und erhielten damit ein (sehr) geringes Arbeitsentgelt.
- Die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten belief sich im Jahr 2005 auf etwa 520 000 Personen.
- Im Durchschnitt waren im Jahr 2005 etwa 100 000 Zusatzjobs (1-Euro-Jobs) vergeben.

Außerdem dürfte ein Teil der Existenzgründer ein Einkommen unter der Schwelle des Niedrigverdienstes erzielen. Da in der ersten Hälfte des Jahres 2006 die Zahl der Zusatzjobs um etwa 40 000, die der ausschließlich geringfügig Beschäftigten um schätzungsweise 30 000 Personen gegenüber dem Vorjahresdurchschnitt zugenommen hat und vermutlich auch die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Teilzeitbeschäftigten angestiegen ist, dürfte in diesem Jahr die Niedriglohnbeschäftigung in Ostdeutschland höher sein als im Vorjahr.

* Zum Stand der wissenschaftlichen Diskussion zur Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland und im internationalen Vergleich vgl. ALLMENDINGER, J.; EICHHORST, W.; WALWEI, U.: IAB Handbuch Arbeitsmarkt. Analysen, Daten, Fakten, Nürnberg 2005, S. 109-142. – ** RHEIN, T.; STAMM, M.: Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland, in: IAB Forschungsbericht, 12/2006, S. 5 f. Unter „Lohn“ wird dabei nicht der Tariflohn, sondern das in einem Beschäftigungsverhältnis effektiv gezahlte Bruttoentgelt verstanden. Die Niedriglohnschwelle wird bei zwei Dritteln des Medianlohns angesetzt. In der Armutsforschung wird üblicherweise 60% des Medianeinkommens als Grenze verwendet (vgl. ebenda).

Verarbeitendes Gewerbe weiter im Aufwind

Die Unternehmen des ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbes haben im vergangenen Jahr ihre Kostenposition im Wettbewerb erneut verbessert. Die Arbeitskosten je Beschäftigten stiegen zwar, der

Anstieg um 1,3% blieb aber deutlich hinter dem Zuwachs der wertschöpfungsbezogenen Arbeitsproduktivität zurück. Damit sind die Lohnstückkosten erneut gesunken. Sie liegen inzwischen bei 88% des Niveaus in den alten Bundesländern.

Tabelle 9:

Auslands- und Inlandsumsatz der ostdeutschen Industrie^a

	2001	2002	2003	2004	2005
	<i>in Mio. Euro</i>				
Ausland	30 375	32 369	33 787	38 609	43 069
Inland	99 609	99 452	104 160	108 791	114 606
Insges.	129 984	131 820	137 946	147 400	157 675
	<i>Veränderung gg. Vorjahr in %</i>				
Ausland	12,1	6,6	4,4	14,3	11,6
Inland	3,0	-0,2	4,7	4,4	5,3
Insges.	5,0	1,4	4,6	6,9	7,0

^a Neue Bundesländer einschließlich Berlin; Betriebe von Unternehmen mit mindestens 20 Beschäftigten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Tabelle 10:

Überregionaler Umsatz der ostdeutschen Industrie^a
- Anteil der Regionen am Umsatz in % -

	Ausland		Alte Bundesländer	
	2000	2004	2000	2004
Ernährungsgewerbe	6,9	8,7	24,9	21,6
Verbrauchsgüter ^b	10,1	17,4	42,5	47,9
Vorleistungsgüter	24,0	29,9	42,4	51,0
Inv.-u. Gebr.-güter	31,9	34,7	45,6	41,6
Verarbeitendes Gew.	22,0	25,8	39,1	41,5

^a Neue Bundesländer einschließlich Berlin; Betriebe mit 20 Beschäftigten und mehr. – ^b Ohne Ernährungsgewerbe.

Quellen: Statistisches Bundesamt; IAB-Betriebspanel 2001 und 2005; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Diese Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit hat die Expansion der ostdeutschen Industrieproduktion befördert. So stiegen die Industriumsätze 2005 insgesamt um 7%, im früheren Bundesgebiet um 4,3%. Treiber war in beiden Gebietsteilen der Auslandsumsatz. Zwar haben auch die ostdeutschen Lieferungen in die alten Bundesländer zugenommen, allerdings nur schwach.

Wachstumsführer beim Umsatz waren der Kraftfahrzeugbau, die Chemische Industrie und die Hersteller von Metallerezeugnissen, Rückgänge meldeten die Verarbeiter von Steinen und Erden sowie das Textil- und Bekleidungsgewerbe. Unterdurchschnittlich nahm der Umsatz im Maschinenbau und im größten ostdeutschen Industriezweig zu, dem Ernährungsgewerbe.

Tabelle 11:

Produktion, Beschäftigung und Lohnstückkosten in ausgewählten Wirtschaftsbereichen^a
- Veränderung gegenüber Vorjahr in % -

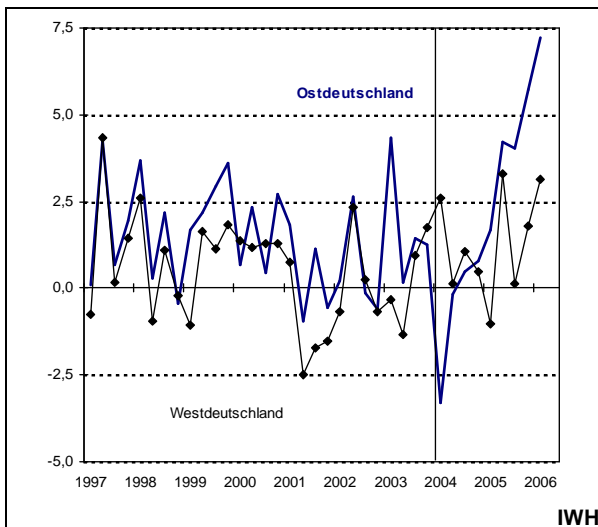
	2002	2003	2004	2005
Verarbeitendes Gewerbe				
Bruttowertschöpfung ^b	2,6	6,1	9,2	6,0
Beschäftigung	-0,6	-1,1	-0,3	-1,0
Produktivität ^c	3,2	7,3	9,5	7,1
Arbeitskosten ^d	1,6	1,4	2,4	1,3
Lohnstückkosten ^e	-1,6	-5,5	-6,5	-5,4
Baugewerbe				
Bruttowertschöpfung ^b	-5,7	-3,4	-2,5	-9,4
Beschäftigung	-12,2	-6,9	-4,4	-7,3
Produktivität ^c	7,4	3,8	1,9	-2,3
Arbeitskosten ^d	1,4	2,4	0,7	0,6
Lohnstückkosten ^e	-5,6	-1,3	-1,3	2,9
Handel, Gastgewerbe und Verkehr				
Bruttowertschöpfung ^b	2,7	-0,8	1,5	1,0
Beschäftigung	-1,4	-0,9	0,5	-2,0
Produktivität ^c	4,2	0,1	0,9	3,1
Arbeitskosten ^d	-1,1	1,5	-1,3	0,9
Lohnstückkosten ^e	-5,0	1,4	-2,2	-2,1
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstler				
Bruttowertschöpfung ^b	4,5	2,2	2,1	0,9
Beschäftigung	1,4	2,0	3,4	0,0
Produktivität ^c	3,1	0,2	-1,3	0,9
Arbeitskosten ^d	1,6	1,6	0,3	2,3
Lohnstückkosten ^e	-1,4	1,4	1,6	1,4
Unternehmen insgesamt^f				
Bruttowertschöpfung ^b	1,7	1,7	3,5	0,8
Beschäftigung	-2,5	-1,3	0,1	-2,3
Produktivität ^c	4,4	3,1	3,5	3,2
Arbeitskosten ^d	0,8	1,7	0,5	1,5
Lohnstückkosten ^e	-3,4	-1,3	-2,9	-1,7

^a Neue Länder ohne Berlin, alte Länder einschließlich Berlin. – ^b Bruttowertschöpfung in Preisen von 2000. – ^c Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen in Preisen von 2000. – ^d Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (Inland). – ^e Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (Inland) in Relation zur realen Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen. – ^f Ohne sonstige private Dienstleister.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (Stand: April 2006); Berechnungen des IWH.

Angesichts der gestiegenen preislichen Wettbewerbsfähigkeit und der kräftigen Nachfrage der Haupthandelspartner sind die Aussichten für die Ausweitung der Industrieproduktion für die verbleibenden Monate in diesem Jahr und für das nächste Jahr günstig. Das signalisieren die Bestellungen aus dem In- und Ausland (vgl. Anhang Übersicht 1) und aktuell auch der Konjunkturtest des IWH. Lage und Aussichten auf Geschäfte werden von den Industrieunternehmen so günstig wie nie zuvor eingeschätzt. Die Wertschöpfung

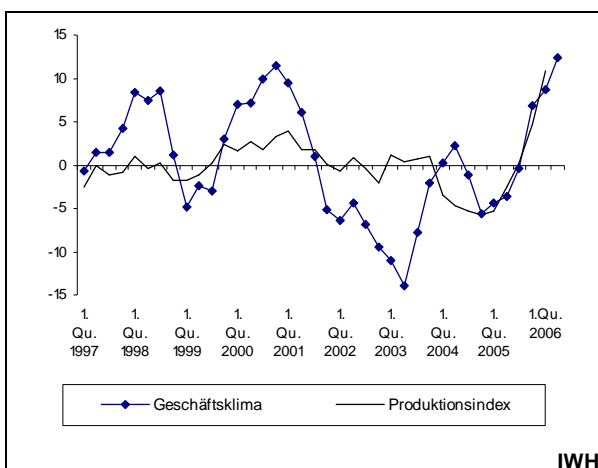
Abbildung 5:
Entwicklung der Produktion im Verarbeitenden
Gewerbe Ost- und Westdeutschlands^a
- saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal
in % -



^a Angaben für Betriebe von Unternehmen mit mindestens 20 Beschäftigten für Ostdeutschland (bis 2003 einschließlich Berlin-Ost, ab 2004 mit Gesamtberlin) und Westdeutschland (bis 2003 einschließlich Berlin-West, ab 2004 ohne Berlin).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Abbildung 6:
Geschäftsklima und Produktionsindex^a im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe
- Abweichung vom Trend in % -



^a Das Geschäftsklima entspricht dem geometrischen Mittel aus den Meldungen der vom IWH befragten Unternehmen zu Geschäftslage und Geschäftsaussichten. Diese Komponenten werden als Saldo aus den Prozentanteilen der positiven und negativen Urteile der Unternehmen quantifiziert. Als Referenzgröße wird der Produktionsindex des Verarbeitenden Gewerbes verwendet, der vom Statistischen Bundesamt vierteljährlich veröffentlicht wird.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Umfragen und Berechnungen des IWH.

wird sich in diesem Jahr um 9% erhöhen, im kommenden Jahr schwächt sich der Anstieg in-

folge der allgemeinen konjunkturellen Belastungen aus dem In- und Ausland allerdings ab.

Die restriktive Finanzpolitik dürfte sich in diesem wie im kommenden Jahr weniger stark auf die Produktion im Osten auswirken als im Westen. Die Industriezweige, die direkt von den Vorzieheffekten durch die Anhebung der Mehrwertsteuer profitieren, sind hier unterproportional vertreten. Hersteller von Gebrauchsgütern, wie beispielsweise Fahrzeugbauer, erbringen 5% der Produktion in Gesamtdeutschland, Hersteller von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten 11%.

Rückgang der Bauproduktion verlangsamt sich

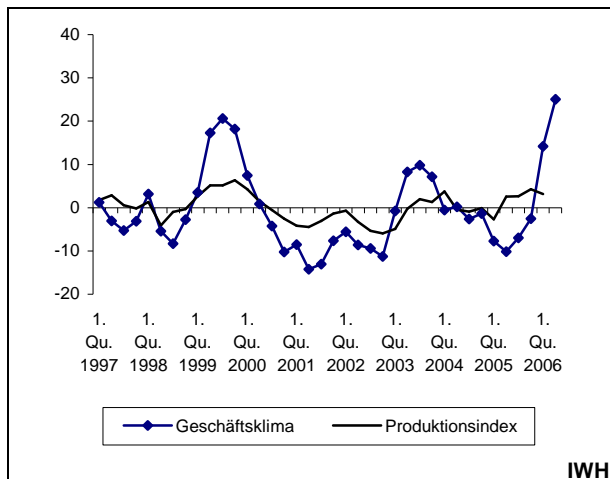
Die Revision der regionalen VGR hat für die Jahre 2002 bis 2004 zu einer deutlichen Höherbewertung der Bauaktivitäten in Ostdeutschland geführt. Die Wertschöpfung im Baugewerbe ging danach 2003 sogar weniger stark als in den alten Bundesländern zurück. In dieser Zeit stieg die Produktivität stärker als die Arbeitskosten, und die zuvor hohen Lohnstückkosten sanken auf das westdeutsche Niveau. Nach dem Auslaufen der Sonderentwicklungen fiel 2005 der Einbruch bei der Bauproduktion mit 9,4% drastisch aus. Darauf haben die Bauunternehmen nicht ausreichend reagiert, und die Lohnstückkosten erhöhten sich erneut (Tabelle A.5).

Verschiedene Frühindikatoren, wie Auftrags-eingänge, Baugenehmigungen und das vom IWH erhobene Geschäftsklima bei ostdeutschen Bauunternehmen, signalisieren, daß sich der Rückgang der Produktion im laufenden Jahr zwar fortsetzen, aber in der Dynamik abflachen wird. So waren die Auftrags-eingänge im Wohnungsbau und im Wirtschaftsbau zuletzt aufwärts gerichtet. Auch die einen etwas längeren Zeitraum abgreifenden Baugenehmigungen verweisen auf temporäre Impulse im Wohn- wie im Nichtwohnbau (vgl. Anhang Übersicht 2).

Die ostdeutschen Unternehmen, insbesondere die Ausbaubetriebe, werden zudem an der besseren Baukonjunktur in den alten Bundesländern teilhaben und ihre Präsenz auf dem westdeutschen Bauprodukt ausbauen. Der Anteil des außerhalb der neuen Länder realisierten Bauvolumens stagnierte zwar in den Jahren 2002 und 2003, als die dringend notwendigen Arbeiten zur Beseitigung der Flutschäden anstanden. Seit 2004 deutet sich aber wieder eine verstärkte Zuwendung der ostdeutschen Baubetriebe auf überregionale Baumärkte an. Dabei dürften die ostdeutschen Baubetriebe insbesondere im kleinteiligen Modernisierungsbereich bzw. beim Ausbau neu errichteter Eigenheime fündig werden, wo wegen der für 2007 anstehenden Mehrwert-

steuererhöhung und der gestrichenen Eigenheimförderung gerade in den alten Bundesländern derzeit vermehrt Aufträge von privaten Haushalten ausgelöst werden.

Abbildung 7:
Geschäftsklima und Produktionsindex^a im ostdeutschen Baugewerbe
- Abweichung vom Trend in % -



^a Das Geschäftsklima entspricht dem geometrischen Mittel aus den Meldungen der vom IWH befragten Unternehmen zu Geschäftslage und Geschäftsaussichten. Diese Komponenten werden als Saldo aus den Prozentanteilen der positiven und negativen Urteile der Unternehmen quantifiziert. Als Referenzgröße wird der Produktionsindex verwendet, der vom Statistischen Bundesamt vierteljährlich für das Bauhauptgewerbe veröffentlicht wird.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Umfragen und Berechnungen des IWH.

Tabelle 12:
Überregionaler Umsatz des Baugewerbes der neuen Bundesländer seit 2000
- Anteil der Regionen am Umsatz in % -

	Baugewerbe		darunter			
			Bauhauptgew.		Ausbaugew.	
	Aus-land	ABL	Aus-land	ABL	Aus-land	ABL
2000	0,9	12,7	1,1	12,0	0,6	13,6
2002	1,4	16,6	2,9	14,6	1,0	19,3
2003	2,2	16,4	2,2	14,5	0,3	19,4
2004	2,8	18,5	4,1	14,3	0,9	25,2

Quellen: IAB-Betriebspanel 2001, 2003, 2004, 2005 (auf Grundgesamtheit hochgerechnet); Berechnungen des IWH.

Private Dienstleistungen mit Plus

Die Dienstleistungsbereiche haben sich im Jahr 2005 recht uneinheitlich entwickelt (vgl. Anhang Übersicht 3). Zwar stieg die Wertschöpfung sowohl im Bereich Handel, Gastgewerbe und Ver-

kehr als auch bei Finanz-, Vermietungs- und Unternehmensdienstleistern. Im Handel, Gastgewerbe und Verkehr insgesamt wurde jedoch Beschäftigung abgebaut, obgleich es im späteren Verlauf des Jahres bei Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr per saldo zu Neueinstellungen kam. Finanz- und Unternehmensdienstleister haben den Beschäftigungsstand aufrechterhalten. Bei letzteren erhöhte sich die Zahl der tätigen Personen in der zweiten Jahreshälfte sogar. Allerdings ging im Jahresdurchschnitt die Zahl der abhängig Beschäftigten bei Finanz- und Unternehmensdienstleistern zurück. Bei steigender Bruttolohn- und Gehaltssumme bedeutete dies eine kräftige Erhöhung der Arbeitskosten je Arbeitnehmer, und die Lohnstückkosten nahmen zu. Gegenüber dem Stand in den alten Bundesländern hat sich jedoch die preisliche Wettbewerbsfähigkeit kaum verändert. Das Niveau wird im Osten weiter unterschritten.

Die Wachstumsaussichten für den Dienstleistungssektor sind von der Kostenseite günstig. Allerdings wird die Entwicklung in Handel und Gastgewerbe sowie bei personennahen Dienstleistungen durch die Einkommensschwäche in der Region gedrückt, obwohl insbesondere der Handel in diesem Jahr von den vorgezogenen Konsumgüterkäufen profitieren wird. Das Verkehrs- und das Nachrichtenübermittlungsgewerbe erhält Impulse von der kräftigen Industriekonjunktur, während die Unternehmensdienstleister erst allmählich daran Anschluß gewinnen. Datenverarbeiter und andere Anbieter unternehmensnaher Dienstleistungen bleiben im Wachstum noch zurück. Alles in allem wird sich die Wertschöpfung im privaten Dienstleistungsbereich im weiteren Verlauf dieses und des nächsten Jahres nur geringfügig erhöhen.

Arbeitsmarkt

Keine Trendwende am Arbeitsmarkt

Im Jahr 2005 hat sich infolge der Stagnation der gesamtwirtschaftlichen Produktion die an sich schon schwierige Lage auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt nochmals verschlechtert. Obwohl die Beschäftigung in hohem Maße durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gestützt wird, ging sie gegenüber dem Vorjahr um 74 000 Personen bzw. 1,3% und damit erheblich stärker als im Westen zurück. Die Arbeitslosenquote ist fast doppelt so hoch wie in den alten Bundesländern.

Der besonders kräftige Rückgang der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 105 000 Personen ist zu etwa vier Fünfteln mit der

Rückführung von staatlich geförderten SV-pflichtigen Beschäftigungsverhältnissen verbunden, zu denen beispielsweise Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen zählen (Tabelle A6). Gegenüber dem Vorjahr wurden im Jahr 2005 nur noch halb so viele SV-pflichtig Beschäftigte staatlich gefördert. Hingegen wurden im Jahresdurchschnitt ca. 90 000 staatlich subventionierte Arbeitsgelegenheiten (Zusatzjobs bzw. 1-Euro-Jobs) angeboten. Auch die Ausweitung selbständiger Arbeit ist durch staatliche Förderprogramme geprägt. Die Zahl der Selbständigen, die nicht durch die arbeitsmarktpolitischen Instrumente Ich-AG, Überbrückungsgeld bzw. Einstiegsgeld gestützt wurden, nahm sogar um 10 000 Personen ab.

Tabelle 13:
Erwerbstätigkeit nach Beschäftigtengruppen in Ostdeutschland^a 2004 und 2005

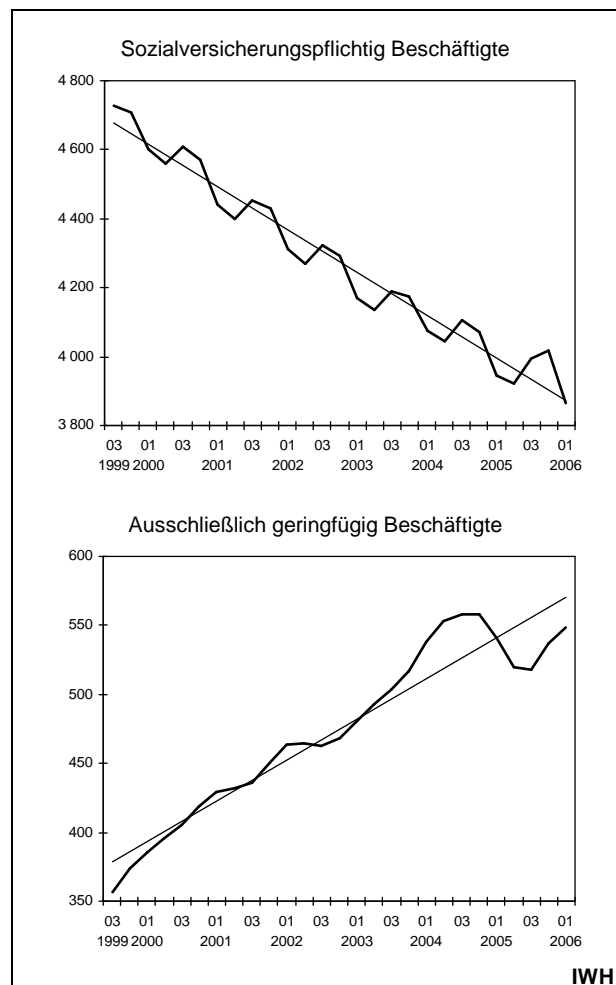
	2004	2005	Veränderung
	1 000 Personen		
Arbeitnehmer	5 073	4 980	-93
SV-pflichtig Beschäftigte geförderte ^b	4 075	3 970	-105
nicht geförderte	170	86	-84
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	3 905	3 884	-21
1-Euro-Job (Variante: Mehraufwandsentschädigung)	552	522	-30
sonstige	4	88	84
Selbständige einschl. mithelfende Familienangehörige	442	400	-42
Geförderte Selbständigkeit	583	602	19
Ich-AG	55	84	29
Überbrückungsgeld	38	67	29
Einstiegsgeld (Variante: Selbständigkeit)	17	16	-1
Sonstige	0	1	1
Sonstige	528	518	-10
Erwerbstätige	5 656	5 582	-74
Nachrichtlich:	Mio. Stunden		
Arbeitsvolumen	8 541	8 372	-169

^a Ostdeutschland ohne Berlin. – ^b Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen; Arbeitnehmer mit Eingliederungszuschüssen, Einstellungszuschüssen bei Vertretung, Einstellungszuschüssen bei Neugründung, Arbeitsentgeltzuschuß bei beruflicher Weiterbildung; Einstiegsgeld für abhängig Beschäftigte; 1-Euro-Job (Entgeltvariante).

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (Rechenstand: März 2006); Berechnungen des IWH.

Auch die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten ging im Jahr 2005 deutlich zurück, nachdem in den Vorjahren eine stetige Zunahme derartiger Erwerbsverhältnisse zu beobachten war.

Abbildung 8:
Entwicklung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und der ausschließlich geringfügig Beschäftigten in Ostdeutschland^a
- in 1 000 Personen -



^a Ostdeutschland ohne Berlin.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des IWH.

Dies hängt zum Teil damit zusammen, daß manche Empfänger von Arbeitslosengeld II ihre Minijobs wegen zu geringer Zuverdienstmöglichkeiten aufgegeben haben. Vermutlich wurden auch in einigen Branchen Minijobs durch kostengünstigere Zusatzjobs ersetzt.

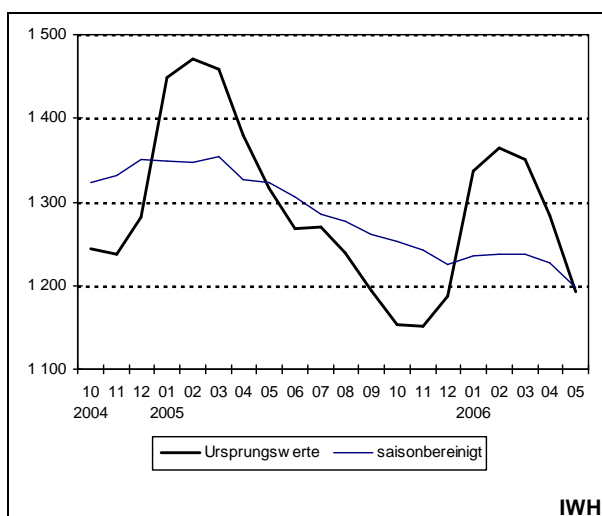
Das Arbeitsvolumen nahm mit 2,0% sogar noch kräftiger als die Zahl der Erwerbstätigen ab. Dies spricht dafür, daß insbesondere Vollzeitarbeitsplätze verloren gegangen sind bzw. durch Teilzeitarbeitsplätze, geringfügig Beschäftigte oder sogenannte Arbeitsgelegenheiten ersetzt wurden.

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen entsprach im Jahr 2005 im Durchschnitt fast unverändert dem Stand vom Vorjahr. Der zu Jahresbeginn von der Gesetzesänderung für Sozialhilfeempfänger bedingte Schub wurde teilweise abgebaut; ten-

denziell ging die Arbeitslosigkeit im Jahresverlauf zurück. Ein Anstieg der Arbeitslosigkeit wurde dadurch verhindert, daß einige arbeitsmarktpolitische Maßnahmen kräftig ausgeweitet wurden. Vor allem aber nahm das Arbeitsangebot – gemessen an den Erwerbsfähigen – um 125 000 Personen ab.⁷

Auch im Jahr 2007 wird sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt nochmals verschlechtern. Das Produktionswachstum bleibt deutlich unterhalb der Beschäftigungsschwelle, und die Zahl der Erwerbstätigen wird nochmals um 15 000 Personen abnehmen. Insbesondere im Baugewerbe und im öffentlichen Sektor wird Personal abgebaut. Der Beschäftigungsstand wird abermals durch die Bereitstellung von ca. 160 000 Arbeitsgelegenheiten gestützt. Dies sind 20 000 Zusatzjobs mehr als in diesem Jahr. Insgesamt ist im Prognosezeitraum nicht mit einer Trendwende am ostdeutschen Arbeitsmarkt zu rechnen.

Abbildung 9:
Entwicklung der Zahl der registrierten Arbeitslosen 2005 und 2006 in Ostdeutschland^a
- in 1 000 Personen -



^a Ostdeutschland ohne Berlin.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Fazit: Produktivitätsabstand stagniert

Trotz Produktionsschwäche hat sich der Produktivitätsrückstand der neuen Bundesländer im Jahr 2005 nicht vergrößert. Der Abstand wurde allerdings nur infolge des Arbeitsplatzabbaus bzw. des Bevölkerungsrückgangs in Ostdeutschland gehalten.

ten. In den alten Bundesländern stieg dagegen die Einwohnerzahl, und die Erwerbstätigkeit sank wenig. Das Jahr 2005 war damit weder ein gutes Jahr für Produktion und Beschäftigung noch für den Aufholprozeß gegenüber den alten Bundesländern. Die Produktionsaussichten für dieses und für das kommende Jahr sind zwar besser als die Lage im vergangenen. Angesichts der Strukturschwächen werden jedoch die Wachstumsraten im Osten hinter denen im Westen zurückbleiben. Eine Stimulierung der Produktion durch Vorzieheffekte in diesem Jahr und eine Bremsung im nächsten infolge der restriktiven Finanzpolitik dürften jedoch wegen der geringeren Absorptionsfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft zu weniger Schwankungen als in den alten Bundesländern führen und einem Abdriften im nächsten Jahr entgegenstehen. Die gesamtwirtschaftliche Produktion wird in diesem Jahr um 1,4% und im nächsten Jahr um 0,6% expandieren.

Tabelle 14:
Ausgewählte Indikatoren zum Aufholprozeß in Ostdeutschland^a
- in jeweiligen Preisen, Westdeutschland = 100 -

	1995	2005	2006	2007
BIP pro Einwohner	62,6	67,0	67,3	67,4
BIP pro Erwerbstätiger	69,6	77,2	77,5	77,7
BIP pro Arbeitsstunde der Erwerbstätigen	64,1	73,3	73,8	74,0

^a Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland einschl. Berlin.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder; Berechnungen und Prognose des IWH.

Arbeitskreis Konjunktur Ostdeutschland

Udo Ludwig (Udo.Ludwig@iwh-halle.de)

Hans-Ulrich Brautzsch, Diemo Dietrich,

Brigitte Loose und Götz Zeddies

⁷ BRAUTZSCH, H.-U.: Arbeitsmarktbilanz Ostdeutschland: Weitere Verschlechterung der Arbeitsmarktlage, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 6/2006, S. 167-170.

Tabelle A1:

Entwicklung der realen Bruttowertschöpfung und Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland (ohne Berlin) nach Wirtschaftsbereichen von 1999 bis 2005

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Bruttowertschöpfung	<i>Veränderung gegenüber Vorjahr in %</i>						
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	13,1	-7,9	7,4	-9,0	-1,5	20,6	-5,2
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	5,5	10,1	2,8	1,9	5,8	7,9	4,5
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	-33,6	-27,3	-38,4	8,3	8,1		
Verarbeitendes Gewerbe	7,4	12,8	4,0	2,6	6,1	9,2	6,0
Energie- und Wasserversorgung	5,6	4,3	3,4	-3,3	4,0		
Baugewerbe	-7,6	-12,4	-13,3	-5,7	-3,4	-2,5	-9,4
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	5,4	2,4	2,6	2,7	-0,8	1,5	1,0
Handel, Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	3,5	2,7	2,9	1,5	0,3		
Gastgewerbe	4,9	4,8	2,7	-5,9	-0,4		
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	8,5	1,3	2,2	6,9	-2,5		
Finanzierung, Vermietung u. Unternehmensdienstl.	3,5	4,2	6,9	4,5	2,2	2,1	0,9
Kredit- und Versicherungsgewerbe	5,9	-1,4	-4,9	2,1	-5,1		
Grundstückswesen, Vermietung, Unternehmensdienstleister	3,1	5,1	8,4	4,8	3,2		
Öffentliche und private Dienstleister	2,3	1,1	-0,6	0,4	-0,5	-0,8	-1,9
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialvers.	0,3	1,7	-0,6	0,2	-1,5		
Erziehung und Unterricht	1,7	0,6	-0,4	-1,0	-2,6		
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	5,1	2,4	0,6	5,2	3,2		
Sonstige öffentliche und private Dienstleister	2,2	-1,1	-2,6	-4,4	-1,3		
Häusliche Dienste	12,1	-6,1	6,6	2,2	5,5		
Bruttowertschöpfung insgesamt	2,7	1,9	1,3	1,3	1,1	2,3	0,1
Erwerbstätige	<i>Veränderung gegenüber Vorjahr in %</i>						
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	-1,1	-5,0	-5,0	-2,9	-2,3	-1,4	-7,3
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	-2,1	0,6	0,4	-0,7	-1,1	-0,5	-1,1
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	-13,6	-15,8	-2,1	-0,7	-1,2		
Verarbeitendes Gewerbe	-1,5	1,4	0,8	-0,6	-1,1	-0,3	-1,0
Energie- und Wasserversorgung	-5,6	-4,7	-4,1	-2,4	-1,2		
Baugewerbe	-6,2	-9,4	-13,3	-12,2	-6,9	-4,4	-7,3
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	0,8	1,1	-1,2	-1,4	-0,9	0,5	-2,0
Handel, Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	1,8	0,7	-2,2	-1,8	-1,1		
Gastgewerbe	5,4	1,9	1,1	0,8	0,2		
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	-4,5	1,7	-0,6	-2,1	-1,1		
Finanzierung, Vermietung u. Unternehmensdienstl.	5,8	3,4	2,6	1,4	2,0	3,4	0,0
Kredit- und Versicherungsgewerbe	0,3	0,6	-1,1	-0,9	-1,5		
Grundstückswesen, Vermietung, Unternehmensdienstleister	7,1	4,0	3,3	1,9	2,7		
Öffentliche und private Dienstleister	2,1	-0,5	0,3	0,3	-0,6	-0,2	0,7
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialvers.	-0,1	-0,5	-0,6	-0,7	-0,9		
Erwerbstätige insgesamt	0,2	-0,9	-1,6	-1,6	-1,0	0,0	-1,3

Quellen: Arbeitskreise „VGR der Länder“ und „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Rechenstand: März 2006).

Tabelle A2:

Arbeitslose nach Strukturmerkmalen und Personengruppen in Ost- und in Westdeutschland^a

- in % -

Ostdeutschland

	ohne abgeschlossene Berufsausbildung		Ältere über 50 Jahre		mit gesundheitlichen Einschränkungen		Alle Arbeitslosen	
	2004	2005	2004	2005	2004	2005	2004	2005
Berufsausbildung								
ohne			17,9	18,8	23,0	23,8	22,9	25,9
mit			82,1	81,2	77,0	76,2	77,1	74,1
Alter:								
15 bis unter 25 Jahre	20,0	22,6			6,8	6,8	12,7	14,1
25 bis unter 50 Jahre	60,2	58,6			57,3	55,1	61,9	59,9
50 bis unter 65 Jahre	19,8	18,8			35,9	38,1	25,4	26,0
Gesundheitliche Einschränkungen								
mit gesundheitlichen Einschränkungen	21,8	19,4	30,7	31,0	100,0	100,0	21,7	21,2
Schwerbehinderte	2,9	2,9	4,9	5,4	13,6	15,1	2,9	3,2
Langzeitarbeitslose	46,1	39,8	56,0	54,3	53,4	52,3	45,0	42,1

Westdeutschland

	ohne abgeschlossene Berufsausbildung		Ältere über 50 Jahre		mit gesundheitlichen Einschränkungen		Alle Arbeitslosen	
	2004	2005	2004	2005	2004	2005	2004	2005
Berufsausbildung								
ohne			41,2	45,0	44,7	46,9	41,7	47,2
mit			58,8	55,0	55,3	53,1	58,3	52,8
Alter:								
15 bis unter 25 Jahre	12,3	14,1			4,6	4,6	12,0	12,6
25 bis unter 50 Jahre	63,4	62,5			55,3	54,1	63,4	62,9
50 bis unter 65 Jahre	24,3	23,4			40,1	41,3	24,6	24,5
Gesundheitliche Einschränkungen								
mit gesundheitlichen Einschränkungen	26,2	22,4	39,8	38,0	100,0	100,0	24,5	22,5
Schwerbehinderte	4,7	4,2	9,3	9,1	19,4	20,3	4,7	4,6
Langzeitarbeitslose	42,1	35,0	55,9	52,1	50,5	49,0	37,6	35,1

^a Stand: Ende September; Ostdeutschland einschließlich Berlin, Westdeutschland ohne Berlin.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit: Amtliche Nachrichten der Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt 2005. Nürnberg 2006.

Tabelle A3:
Warenexport der neuen Bundesländer nach Regionen

	2005		2003	2004	2005
	Mio. Euro	Anteil in %	Veränderung gegenüber Vorjahr in %		
Ausfuhr insgesamt	42 246	100,0	13,8	11,0	10,6
Europa	30 895	73,1	14,1	15,0	10,6
darunter: Europäische Union (EU-15)	20 631	48,8	15,2	16,0	8,4
darunter:					
Frankreich	3 014	7,1	11,0	12,8	8,5
Italien	3 048	7,2	16,6	23,6	0,2
Großbritannien	2 764	6,5	7,4	16,7	4,4
Niederlande	2 358	5,6	14,0	20,7	10,9
Österreich	2 041	4,8	16,2	26,1	14,6
darunter: Neue EU-Länder ^a	6 034	14,3	11,0	6,7	19,1
Estland	52	0,1	31,5	-18,3	22,0
Lettland	66	0,2	20,9	-6,3	-2,1
Litauen	95	0,2	23,4	-20,6	-8,6
Polen	2 637	6,2	6,6	14,4	35,0
Tschechische Republik	1 809	4,3	11,9	3,0	13,0
Slowakei	418	1,0	14,7	-0,5	-15,4
Ungarn	789	1,9	13,4	7,2	20,7
Slowenien	169	0,4	14,0	20,6	11,2
Rußland	981	2,3	6,8	22,0	8,7
Amerika	5 129	12,1	5,4	-12,1	13,8
darunter: USA	4 061	9,6	9,6	-16,9	16,9
Asien	5 093	12,1	21,3	23,2	5,9
darunter: Südostasien ^b	1 520	3,6	43,0	17,9	1,0
Japan	491	1,2	-13,2	19,2	-7,1
China	992	2,3	35,8	19,7	7,3
Übrige Länder	1 129	2,7	25,9	-14,9	18,6

^a Ohne Malta und Zypern. – ^b Indonesien, Philippinen, Malaysia, Singapur, Thailand, Republik Korea.

Quellen: Sonderauswertung des Statistischen Bundesamtes; Berechnungen des IWH.

Tabelle A4:
Lohnstückkosten^a nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen und -branchen im Jahr 2003: ausgewählte Länder im Vergleich mit den alten und neuen Bundesländern

	NBL	ABL	UK	CZ	HU	PL	SK	SL
Verarbeitendes Gewerbe^b	57,4	68,8	62,3	59,0	50,9	44,5	56,4	67,5
Chemische Industrie ^b	50,9	69,4	53,5	42,2	37,9	40,5	62,7	44,6
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren ^b	62,5	72,8	64,9	48,7	55,0	47,9	50,0	58,5
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden ^b	66,7	79,6	55,3	48,9	47,2	45,1	50,9	59,0
Metallerzeugung und -bearbeitung ^b	67,1	74,0	90,4	55,6	91,2 ^c	60,1	45,7	63,0
Herstellung von Metallerzeugnissen ^b	75,2	75,9	67,0	69,9	66,4	62,8	64,0	71,6
Maschinenbau ^b	78,5	83,5	70,7	71,4	69,6	62,9	64,1	70,7
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen ^b	91,0	69,4	66,6	88,9	23,9	72,1	147,0	73,5
Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilungen ^b	76,7	86,2	74,4	66,8	45,3	50,2	72,7	66,2
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik ^b	39,8	94,5	81,8	59,8	42,8	46,2	56,2	82,1
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik ^b	73,83	74,7	61,5	64,8	65,0	71,1	66,1	68,7
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen ^b	49,5	83,2	76,4	42,1	32,5	39,6	33,0	62,0
Sonstiger Fahrzeugbau ^b	88,4	83,9	60,0	69,2	76,1	84,1	103,0	87,9
Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spielwaren und sonstigen Erzeugnissen ^b	74,8	82,7	69,2	71,1	82,1	64,4	70,9	77,0
Baugewerbe^b	87,3	88,6	60,7	82,9	75,3	73,6	70,4	83,3

^a Lohnstückkosten = (Personalaufwendungen/Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten)*(Zahl der Beschäftigten/Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger)*100. – ^b ABL und NBL für Unternehmen mit mindestens 20 Beschäftigten laut Kostenstrukturerhebung. – ^c 2002.

Quellen: Eurostat: Strukturelle Unternehmensstatistik; Statistisches Bundesamt: Kostenstrukturerhebung; Berechnungen des IWH.

Tabelle A5:

Arbeitskosten und Produktivität der Arbeit in ausgewählten Wirtschaftsbereichen Ostdeutschlands (ohne Berlin) 2003 bis 2005

	Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer ^a	Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen ^a	Lohnstückkosten ^b
	<i>in Euro</i>		
Verarbeitendes Gewerbe			
2003	29 381	41 970	70,0
2004	30 082	46 053	65,3
2005	30 478	49 946	61,0
Baugewerbe			
2003	23 712	29 536	80,3
2004	23 870	29 936	79,7
2005	24 009	28 713	83,6
Handel, Gastgewerbe, Verkehr			
2003	20 434	30 260	67,5
2004	20 161	30 773	65,5
2005	20 340	31 845	63,9
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstler			
2003	25 212	73 128	34,5
2004	25 293	72 664	34,8
2005	25 880	72 903	35,5
Unternehmen insgesamt ^c			
2003	24 396	42 761	57,1
2004	24 507	44 383	55,2
2005	24 877	45 718	54,4
	<i>Westdeutschland^d = 100</i>		
Verarbeitendes Gewerbe			
2003	66,9	72,7	92,0
2004	67,1	75,0	89,4
2005	67,2	76,3	88,1
Baugewerbe			
2003	77,0	77,0	100,0
2004	77,5	77,5	100,1
2005	78,7	74,6	105,4
Handel, Gastgewerbe, Verkehr			
2003	74,6	82,0	90,9
2004	74,3	81,6	91,1
2005	74,5	82,9	89,9
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstler			
2003	72,1	80,3	89,8
2004	72,4	79,9	90,6
2005	73,5	80,7	91,2
Unternehmen insgesamt ^c			
2003	69,7	74,8	93,2
2004	69,8	75,4	92,5
2005	70,3	75,9	92,7

^a Niveau in jeweiligen Preisen. – ^b Lohnstückkosten = (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) / (Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen)*100. –^c Ohne private Dienstleister. – ^d Westdeutschland einschließlich Berlin.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (Stand: Mai 2006); Berechnungen des IWH.

Tabelle A6:

Teilnehmer an Maßnahmen im ersten und zweiten Arbeitsmarkt Ostdeutschlands^a

- in 1 000 Personen -

	NBL					ABL
	2001	2005	2003	2004	2005	2005
Erster Arbeitsmarkt	162	165	180	220	118	541
Empfänger direkter Eingliederungshilfen ^b	148	150	150	157	130	300
Teilnehmer in arbeitsmarktpolitischen Programmen	14	15	30	63	88	241
Personal-Service-Agenturen (PSA)			3	8	4	6
Förderung der Selbständigkeit ^c	14	15	27	55	84	235
Zweiter Arbeitsmarkt	150	121	91	86	136	155
Arbeitsbeschaffungs- und traditionelle Strukturanpassungsmaßnahmen	150	121	90	80	40	21
Programm „Arbeit für Langzeitarbeitslose“			1	14	1	4
„Zusatzjobs“				5	95	130
Teilnehmer an Maßnahmen insgesamt	312	286	271	306	369	696
Anteil ^d in %	5,4	5,0	4,8	5,4	6,6	2,1
<i>Nachrichtlich:</i> Erwerbstätige (Inland)	5 810	5 718	5 656	5 656	5 582	33 050

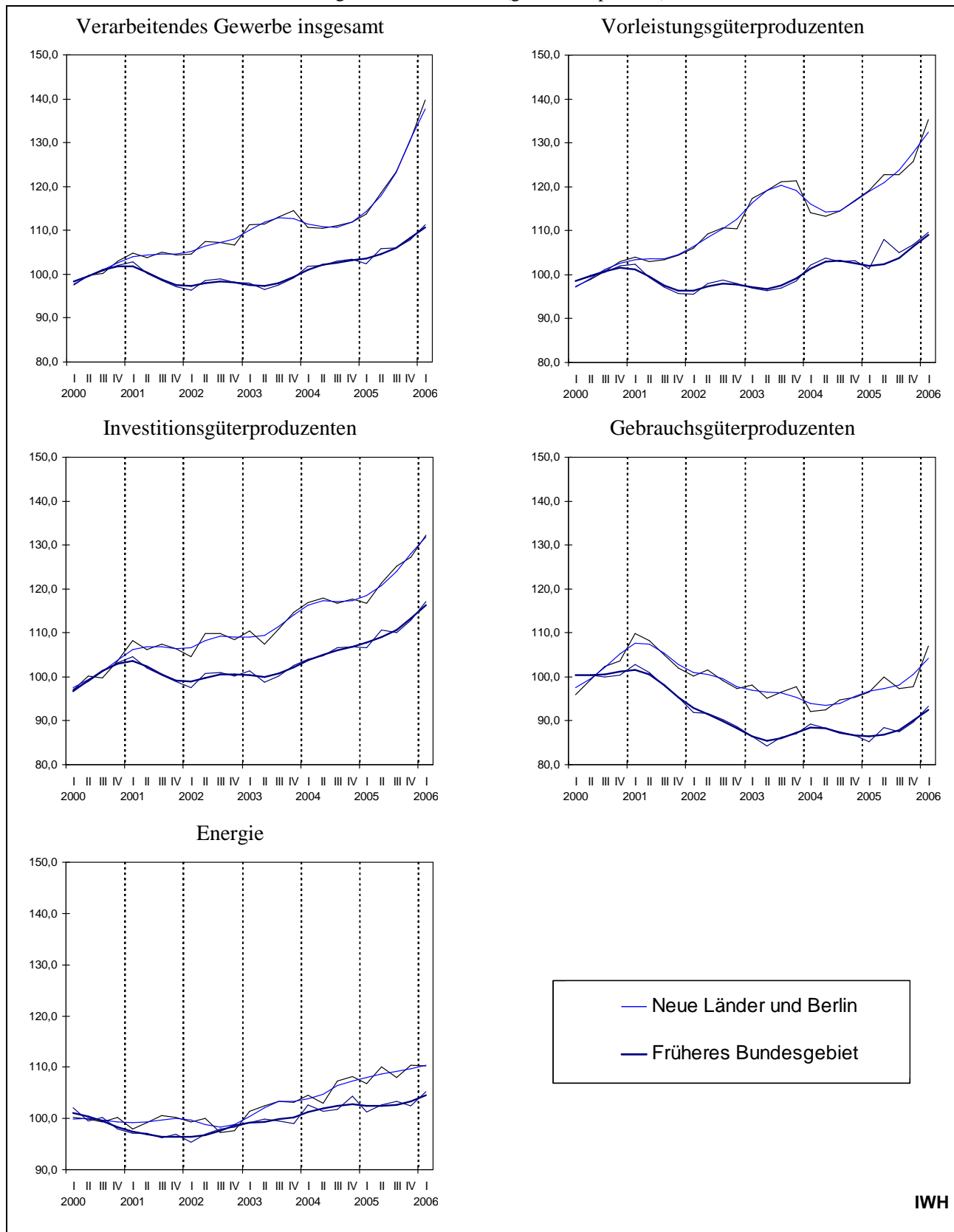
^a Ostdeutschland ohne Berlin. – ^b Teilnehmer an Strukturanpassungsmaßnahmen Ost für Wirtschaftsunternehmen (SAM OfW); Arbeitnehmer mit Eingliederungszuschüssen, Einstellungszuschüssen bei Vertretung, Einstellungszuschüssen bei Neugründung, Arbeitsentgeltzuschüssen für Ungelernte und von Arbeitslosigkeit Bedrohte, Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose, Arbeitnehmerhilfen bzw. Arbeitsentgeltzuschuß; Überbrückungsgeld; Teilnehmer am Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit bzw. JUMP+ sowie die im Rahmen der sogenannten Freien Förderung begünstigten Erwerbstätigen, die zu den Erwerbstätigen zählen (geschätzt) – ^c Ich-AGs, Überbrückungsgeld, Einstiegsgeld (Variante: Selbständigkeit). – ^d Anteil der Teilnehmer an Maßnahmen im ersten und zweiten Arbeitsmarkt an den Erwerbstätigen (Inland).

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des IWH.

Übersicht 1 (Industrie):

Produktionsindex im Verarbeitenden Gewerbe Ost- und Westdeutschlands^a

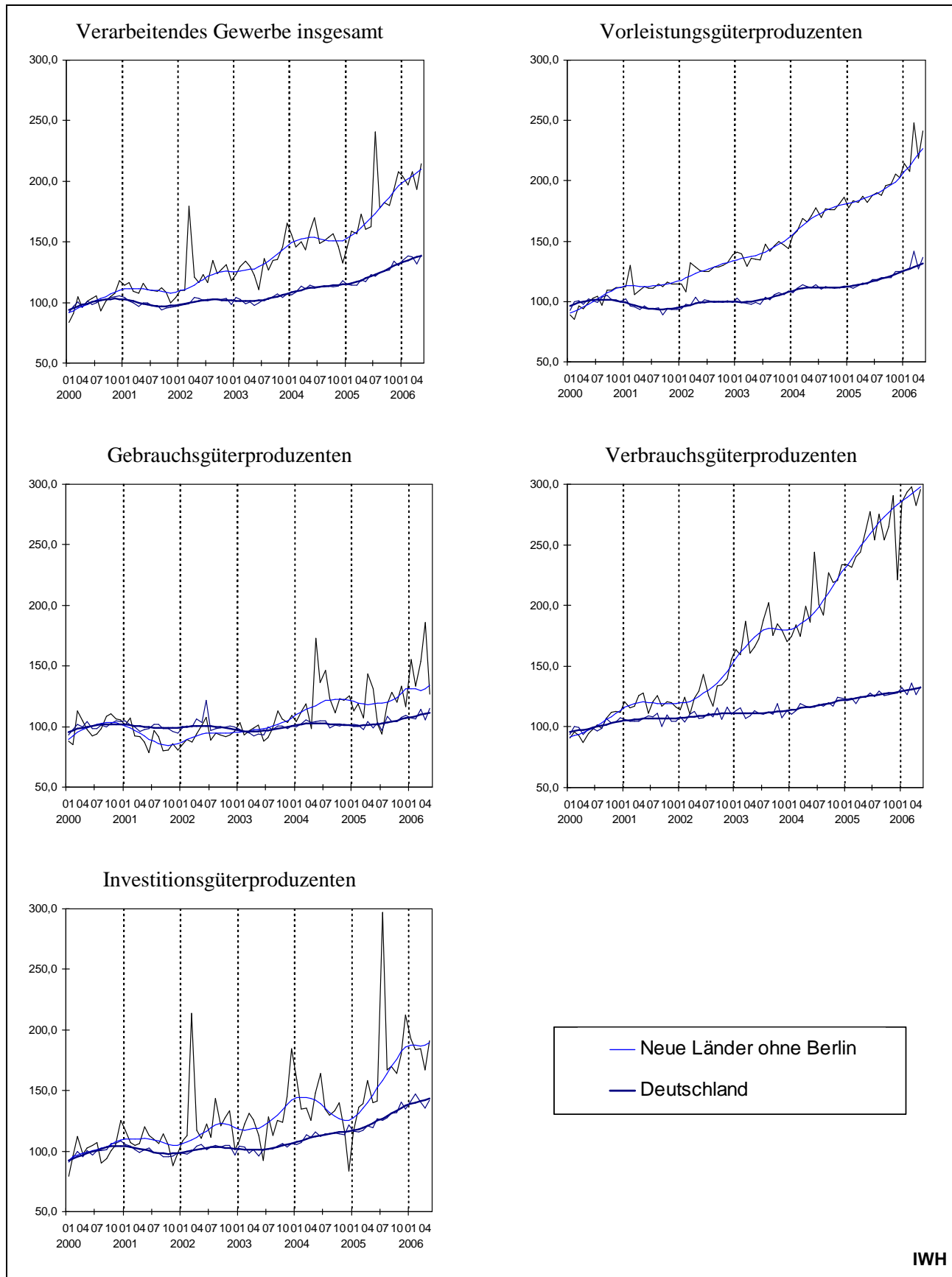
- 2000 = 100; kalender- und saisonbereinigte Werte und Trend (glatte Komponente) -



^a Ostdeutschland bis 2003 einschließlich Ost-Berlin, ab 2004 einschließlich Berlin.

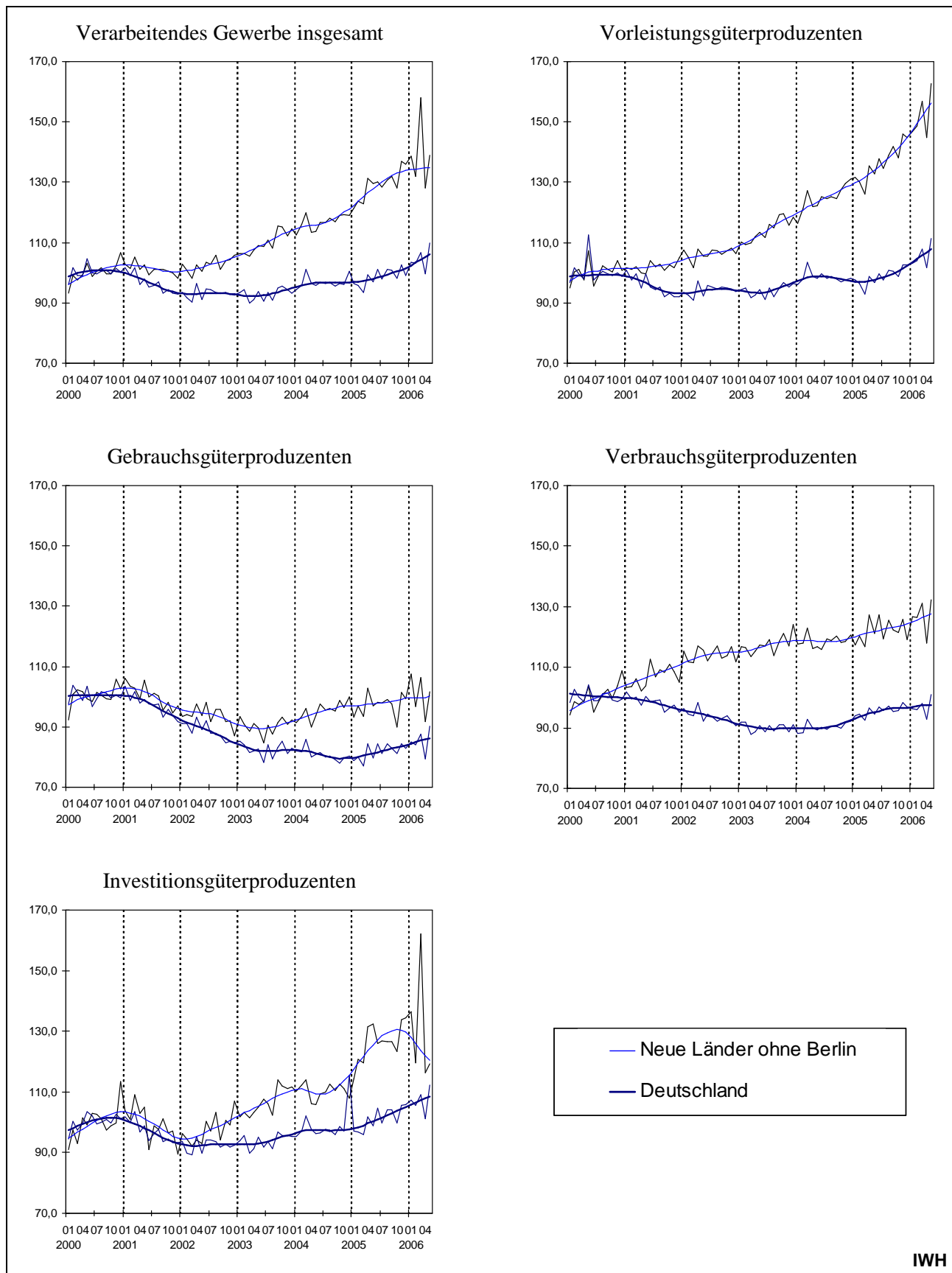
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Index des Auftragseingangs aus dem Ausland im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands
 - 2000 = 100; saisonbereinigte Werte und Trend (glatte Komponente) -



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Index des Auftragseingangs aus dem Inland im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands
 - 2000 = 100; saisonbereinigte Werte und Trend (glatte Komponente) -



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Übersicht 2 (Baugewerbe):

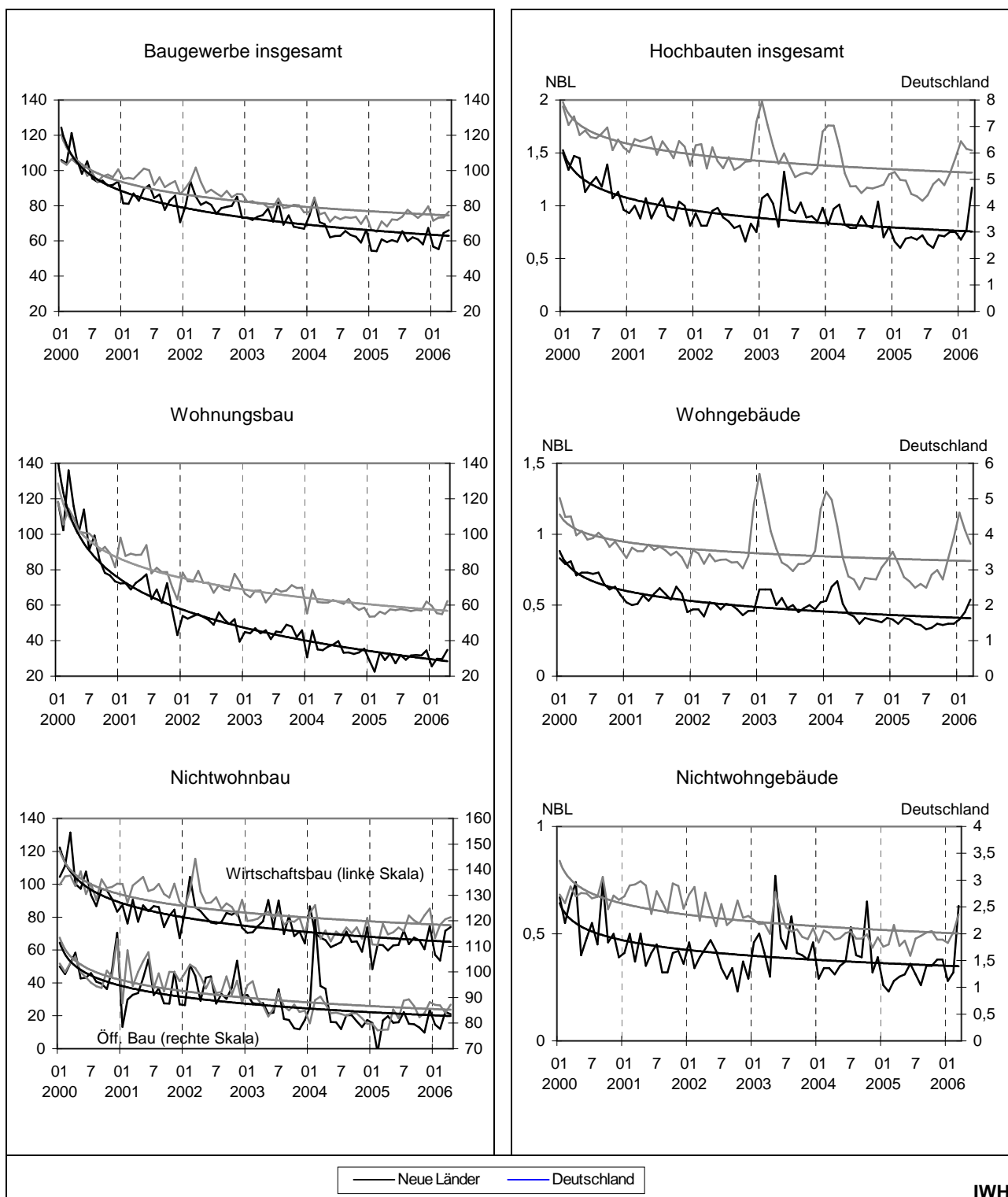
Index des Auftragseingangs im ostdeutschen Bauhauptgewerbe (bis April 2006)

- 2000 = 100; Trend -

Baugenehmigungen in Ostdeutschland (bis März 2006)

- Veranschlagte Kosten des Bauwerks in Mrd. Euro;

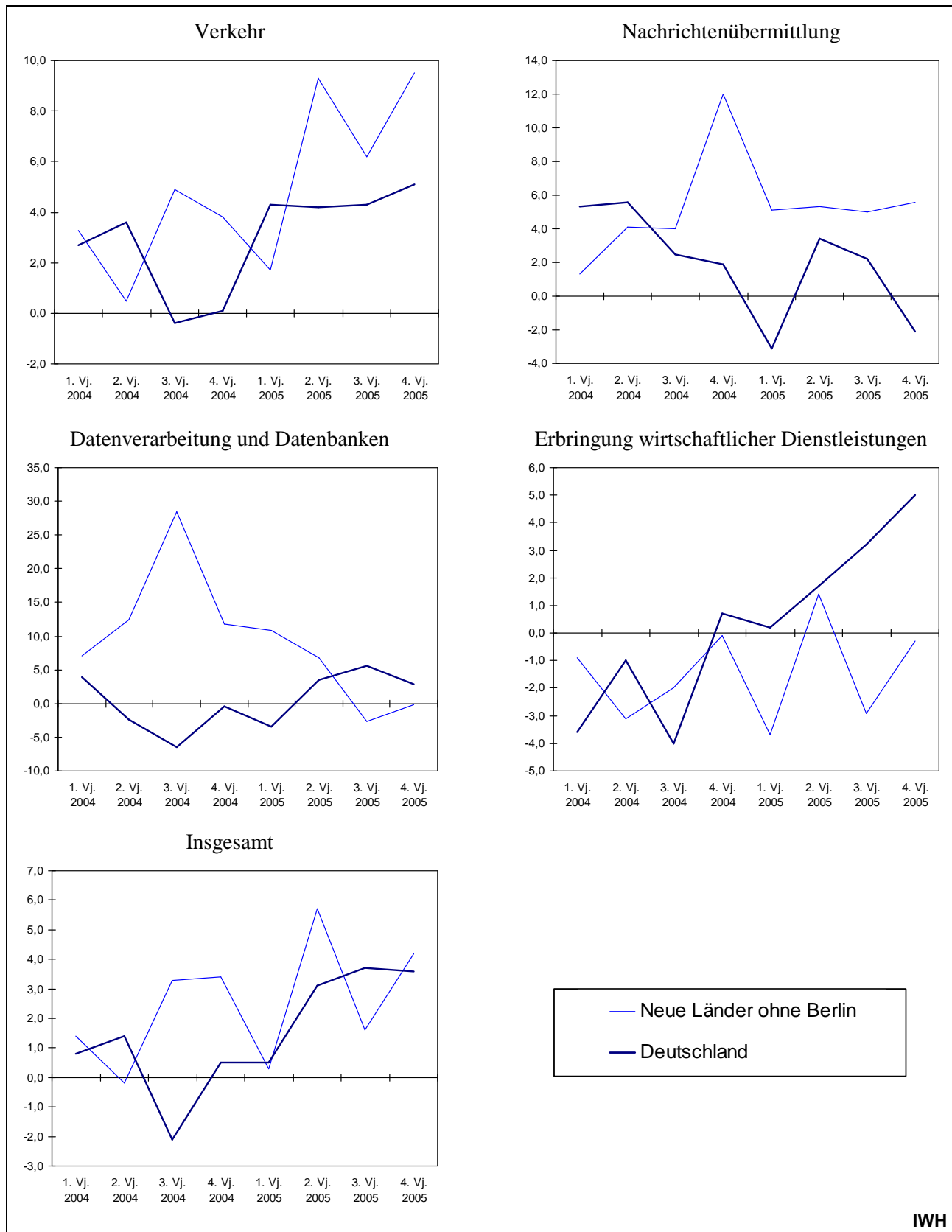
Trend -



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Übersicht 3 (Dienstleistungsgewerbe):

Umsatzentwicklung im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie bei Unternehmensdienstleistern
- Veränderung gegenüber Vorjahresquartal in % -



IWH

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Entwicklungen in der Effizienz- und Produktivitätsforschung

– ein Bericht über den 1st Halle Efficiency and Productivity Analysis Workshop –

Produktivitäts- und Effizienzanalysen gewinnen – vor allem unter dem Stichwort benchmarking – in akademischer Forschung, unternehmerischer Praxis und nicht zuletzt aktueller Wirtschaftspolitik zunehmend an Einfluß. So bildet beispielsweise der Effizienzvergleich deutscher Energieversorgungsunternehmen im jüngst vorgestellten Entwurf zur Anreizregulierung der Bundesnetzagentur ein zentrales Element der nationalen Energieregulierung.⁸ Aber auch in anderen Disziplinen der Wirtschaftswissenschaften haben diese Analysen Einzug gehalten. Das IWH hat daher gemeinsam mit dem Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa (IAMO) einen Workshop zu den Themen Effizienz- und Produktivitätsanalysen, den “1st Halle Efficiency and Productivity Analysis Workshop – HEPAW” veranstaltet. Ziel des Workshops war die Diskussion aktueller theoretischer und empirischer Forschungsergebnisse der Produktivitäts- und Effizienzmessung aus den Disziplinen Volkswirtschaftslehre, Agrarökonomik, Betriebswirtschaftslehre, Operations Research und verwandten Gebieten.

Die vorgestellten theoretischen und empirischen Arbeiten behandelten dabei Aspekte wie den Zusammenhang von Produktpreisen und -qualität, die Effizienz von Deutschen Universitäten und regionalem Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), der Deutschen Elektrizitätswirtschaft sowie der Europäischen Eisenbahnindustrie. Außerdem wurden aktuelle internationale agrarwirtschaftliche Forschungsergebnisse vorgestellt.

Der vorliegende Beitrag gibt wichtige Inhalte der Vorträge wieder und soll damit einer breiteren Öffentlichkeit die Bedeutung des Themas erschließen. Dabei werden drei Teilbereiche bzw. Themengruppen unterschieden:

Gesellschaft, ein Bereich, in dem Entwicklungen in der durchschnittlichen Lebenserwartung, die Effizienz deutscher Universitäten und die Wirkung von Korruption auf das Produktionsergebnis einer Branche analysiert wurden,

Industrie, eine Gruppe, in der Infrastruktursektoren wie Elektrizität, ÖPNV, Schienenverkehr und die Effizienz von Märkten und dem Verarbeitenden Gewerbe untersucht wurden, sowie

Agrarwirtschaft, die sich mit der Wirkung politischer Reformen auf die landwirtschaftliche Entwicklung in Kasachstan und der Berücksichtigung umweltschädlicher Nebenprodukte in der kenianischen Zuckerindustrie auseinandersetzte.

Bruttonationaleinkommen beeinflusst Lebenserwartung – ostdeutsche Hochschulen holen auf – Korruption senkt Effizienz

Sabine Schnabel vom Max-Planck-Institut für Demografische Forschung stellte eine Anwendung parametrischer Grenzschatzungen auf nationale Lebenserwartungsdaten vor (gemeinsame Arbeit mit Jutta Gampe und Jim Oeppen, beide Max-Planck-Institut für Demografische Forschung). Dabei wurde analysiert, welchen Einfluß die Höhe des Bruttonationaleinkommens auf die Lebenserwartung hat und wie sich dessen Einfluß im Zeitablauf veränderte. Die Analyse spricht dafür, daß die „Produktivität“ des Nationaleinkommens tatsächlich für unterschiedliche Erhebungswellen zunahm, die Lebenserwartung also überproportional zum Volkseinkommen stieg. Die Untersuchung zeigt zum gegenwärtigen Zeitpunkt allerdings auch, daß die alleinige Erklärung des Niveaus der Lebenserwartung mittels des Nationaleinkommens statistisch problembehaftet ist. Ein überwiegender Teil der beobachteten Unterschiede der Länder ist zufällig und damit nicht systematisch auf ein höheres Nationaleinkommen zurückzuführen.

Eine Analyse zur Effizienz der deutschen Hochschulen wurde von Gerhard Kempkes von der Technischen Universität Dresden und Carsten Pohl vom Ifo Dresden diskutiert. Vor dem Hintergrund knapper öffentlicher Mittel und der Ankündigung struktureller Reformen im Hochschulbereich untersuchten die Autoren dabei die Entwicklung der Hochschuleffizienz im Zeitablauf und die Bedeutung effizienzbeeinflussender Umweltfaktoren wie das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf. Es zeigt sich,

⁸ Siehe Bericht der Bundesnetzagentur nach § 112 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) zur Einführung der Anreizregulierung nach § 21a EnWG.

daß ostdeutsche Universitäten ihre Effizienz im Betrachtungszeitraum überdurchschnittlich steigern konnten, zum Ende der Periode aber trotzdem nur mittlere Effizienzwerte aufweisen. Die Autoren merkten allerdings auch an, daß zukünftige Forschung noch stärker die Fakultätszusammensetzung der Universitäten berücksichtigen sollte.

Zum Abschluß des Themenbereichs Gesellschaft stellte Dianah Mukwate Ngui von der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg einen Aufsatz zur Wirkung von Korruption und gesellschaftlicher Unsicherheit auf die Effizienz von Firmen im Verarbeitenden Gewerbe Kenias vor. Beide Aspekte, Korruption und Unsicherheit, sind sehr bedeutsam für das Wirtschaftswachstum insbesondere von Entwicklungsländern und reduzieren die gesamtgesellschaftliche Wohlfahrtsperspektive nicht selten extrem. Die Autorin untersuchte die auf der makroökonomischen Ebene bereits bekannten Zusammenhänge für Kenia erstmalig in firmen-individueller Betrachtung und kommt zu dem Schluß, daß Korruption und insbesondere fehlende Sicherheit einen deutlich negativen Einfluß auf die Effizienz von kenianischen Firmen haben. Vor allem kleinere Firmen treffen beide Aspekte hart, obwohl sie bei größeren und exportierenden Firmen häufiger anzutreffen sind.

Polnische Energieversorger zu klein – Verbundvorteile im Eisenbahnsektor – ausländische Direktinvestoren in Indien nicht ineffizient – Markt für Digitalkameras in Deutschland effizient – Größenvorteile im ÖPNV – Industriespezifika bedingen Unternehmenseffizienz – Ostdeutsche Energieversorger hocheffizient.

Der Themenschwerpunkt Industrie widmete sich hauptsächlich der Analyse von Sektoren mit leistungsgebundener Infrastruktur. So stellte Astrid Cullmann vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Ergebnisse aus ihrer Forschung zur Entwicklung der Effizienz von Stromversorgungsunternehmen in Transformationsländern am Beispiel Polens vor (Ko-Autor: Christian von Hirschhausen, Technische Universität Dresden). Ihre Analyse einer Stichprobe von 33 Unternehmen über sieben Jahre zeigt, daß viele polnische Stromversorger unterhalb der optimalen Betriebsgröße operieren. Darüber hinaus weisen die Resultate der Betrachtung der Effizienz im Zeitablauf darauf hin, daß die Mehrzahl der analysierten Unternehmen ihre Effizienz nicht maßgeblich steigern konnte. Eventuelle Steigerungen seien zudem le-

diglich auf Verbesserungen der technischen Effizienz zurückzuführen. Im Bereich der allokativen Effizienz, also des kostenoptimalen Einsatzes unterschiedlicher Produktionsfaktoren, ließe sich sogar ein Rückgang feststellen.

Eine Untersuchung hinsichtlich der Existenz sogenannter Verbundvorteile, also eventueller Kosteneinsparungen bei gemeinsamer Produktion/Bereitstellung unterschiedlicher Güter, im Schienenverkehr diskutierte Heike Wetzel von der Universität Lüneburg vor (gemeinsame Arbeit mit Christian Growitsch, IWH). Dabei verglich sie für eine Stichprobe Europäischer Eisenbahnunternehmen die Effizienz vertikal integrierter Anbieter – Unternehmen, die ein eigenes Streckennetz unterhalten und Transportdienstleistungen anbieten – mit der Effizienz auf den Passagier- oder Frachtbetrieb spezialisierter Unternehmen. Die Analyse zeigte, daß ein Angebot von Eisenbahndienstleistungen aus einer Hand zu niedrigeren Kosten möglich ist, eine Trennung von Netz und Betrieb im Eisenbahnwesen also zu einem Verlust an Verbundvorteilen und damit einer Kostensteigerung führen kann. Die Autorin wies aber auch ausdrücklich darauf hin, daß dynamische Effekte durch eine mit der Trennung von Netz und Betrieb intendierte Erleichterung des Wettbewerbs auf der Schiene bei ihrer Analyse nicht betrachtet wurden.

Sabita Tripathy von der University of Dundee stellte ihre Arbeit zu den Unterschieden der Effizienz ausländischer und einheimischer Firmen in einem Entwicklungsland am Beispiel der Republik Indien dar. Sie überprüfte dazu die Hypothese der „unzureichenden Produktionstechnologie“, nach der ausländische Firmen in Entwicklungsländern nicht-optimale (allokativ ineffiziente) Faktoreinsatzverhältnisse wählen und es deswegen nicht zu einer Technologieübertragung auf die heimische Wirtschaft kommt. Die Ergebnisse für Indien zeigen jedoch, daß in Indien produzierende ausländische Firmen nicht nur eine höhere technische und Kosteneffizienz aufweisen, sondern auch keine unwirtschaftlicheren Faktoreinsatzverhältnisse wählen als einheimische Firmen. Die Autorin führt dies auf die in Indien im Vergleich mit anderen Entwicklungsländern hohe Kapitalintensität auch der lokalen Wirtschaft und das den Faktor Arbeit vertuernde relativ rigide Arbeitsrecht zurück.

Der Vortrag von Matthias Staat (Universität Mannheim, gemeinsam mit Ruben Chumpitaz, Kristiaan Kerstens und Nicholas Paparoidamis von der IESEG School of Management) beschäftigte sich mit dem Problem der Ineffizienz (Streuung

der Preise) von Märkten. Hierzu griff der Autor auf einen hedonischen Preisansatz unter Verwendung von Nutzenfunktionen zurück, aus dem ein nicht-parametrischer Schätzansatz hergeleitet wurde. Zwei Fragestellungen wurden näher beleuchtet: zum einen die Entwicklung der Markteffizienz im Zeitablauf und zum anderen der Einfluß von Nichtkonvexitäten aufgrund von Unteilbarkeiten und fehlender Kombinierbarkeit der Produkteigenschaften. Als Untersuchungsgegenstand wählte der Autor den Markt für Digitalkameras in Deutschland. Aufgrund der empirischen Analysen konnte in Übereinstimmung mit den theoretischen Überlegungen das Bestehen eines konvexen Produkt- raumes ausgeschlossen werden. Die geringen Ineffizienzen deuten zudem auf nur geringe Friktionen in der Marktkoordination hin, darüber hinaus ist von einer Verringerung der Ineffizienzen im Zeitablauf auszugehen.

Motiviert durch die jüngst erfolgte Einigung des EU-Verkehrsministerrats zu einer Europäischen ÖPNV-Verordnung untersuchte Christian von Hirschhausen von der Technischen Universität Dresden in einer vergleichenden Betrachtung des Öffentlichen Personennahverkehrs in Deutschland die Existenz von Größenvorteilen im Busverkehr (gemeinsame Arbeit mit Astrid Cullmann, DIW Berlin). In einer Längsschnittuntersuchung für eine Stichprobe von 71 Unternehmen finden sich sowohl in einer nicht-parametrischen Analyse als auch bei Anwendung parametrischer Verfahren Effizienzvorteile für größere Unternehmen. Bestätigt werden diese Ergebnisse durch eine erweiterte Analyse von 190 Unternehmen für den Zeitraum 1991 bis 2001. Unklarheit herrscht nach Aussage des Autors allerdings noch für die besonders großen Nahverkehrsunternehmen, dort bestehe weiterer Forschungsbedarf. Die Ergebnisse gäben aber Anlaß zur Vermutung, daß im Bereich des Öffentlichen Personennahverkehrs in Deutschland zukünftig etliche Fusionen und Übernahmen mit dem Ziel der Generierung von Effizienzgewinnen erfolgen werden.

In einer ersten umfassenden Effizienzanalyse der Mikrodaten der Kostenstrukturerhebung für das Verarbeitende Gewerbe in Deutschland untersuchte Andreas Stephan von der Europa-Universität Viadrina (gemeinsam mit Oleg Badunenko, ebenfalls Viadrina und Michael Fritsch, Technische Universität Freiberg) die Determinanten der technischen Effizienz deutscher Unternehmen. Die über 30 000 Unternehmen, mehr als 250 Industriezweige und 13 Jahre umfassende Untersuchung kommt zu dem

Ergebnis, daß der bedeutsamste Effekt auf industriespezifische Charakteristika zurückzuführen ist. Ein weiterer wesentlicher Faktor zur Erklärung von technischer Effizienz ist die Größe einer Unternehmung. Firmengröße ist allerdings signifikant negativ mit der Effizienz korreliert. Neben der Industrie und der Firmengröße (negativ) sind regionale und organisationale Unterschiede der Firmen Größen, die deren technischer Effizienz beeinflussen. Der Autor betonte zudem das überraschende Ergebnis der Aufwendungen für Forschung und Entwicklung: Wenn auch in der Wirkung nur geringfügig, beeinflußt Forschungstätigkeit die Firmeneffizienz negativ.

Im letzten Vortrag aus dem Themenfeld Industrie stellte Borge Hess von der Technischen Universität Dresden Ergebnisse seiner Forschung über den deutschen Strommarkt vor (Ko-Autorin Astrid Cullmann, DIW Berlin). Angeregt durch die Einführung der Anreizregulierung in den deutschen Energiesektoren im Jahr 2005 analysiert die dem Vortrag zugrundeliegende Studie die Existenz regionaler Unterschiede in der Effizienz von Elektrizitätsversorgungsunternehmen und geht der Frage nach, ob – wie frühere Studien zeigten – ostdeutsche Energieversorger eine höhere technische Effizienz aufweisen als westdeutsche. Die Ergebnisse der Untersuchung bestätigen die Erkenntnisse vorheriger Arbeiten: Tatsächlich sind ostdeutsche Unternehmen hinsichtlich ihrer technischen Effizienz westdeutschen überlegen. Zudem weisen sie eine höhere Skaleneffizienz auf, produzieren mithin näher an der optimalen Betriebsgröße. Als mögliche Gründe führt der Autor eine neuere Netzinfrastruktur in Ostdeutschland, geringere Beschäftigtenzahlen und privatwirtschaftliche im Gegensatz zu kommunalen Eigentümerstrukturen an.

Probleme im Transformationsprozeß der kasachischen Landwirtschaft – Schadstoffproduktion mindert Effizienz kenianischer Firmen drastisch

Zwei Präsentationen beschäftigten sich schließlich mit der Analyse von Effizienz- und Produktivitätsänderungen in der Landwirtschaft. Claus Christian Breuer von der Universität Duisburg-Essen stellte eine Arbeit zu Reformen und Effizienzänderungen in der kasachischen Landwirtschaft vor. Seine grundlegende Hypothese in Anlehnung an frühere transformationsökonomische Arbeiten war, daß mit den Reformen marktwirtschaftliche Anreizmechanismen eine größere Wirksamkeit erreichen. Durch die Verbesserung der Faktorallokation

sollte dann nicht nur die Produktion ansteigen, gleichzeitig müßten durch entsprechende Anpassung der Organisation innerhalb der Betriebe technologische und alloкатive Ineffizienzen reduziert werden. Eine Analyse makroökonomischer und sektoraler Indikatoren deutet auf erhebliche Probleme im Transformationsprozeß der kasachischen Landwirtschaft hin. Diese Einschätzung konnte durch mikroökonomische Schätzungen bestätigt werden. Als Ursachen identifiziert der Autor eine niedrige Skaleneffizienz und fehlende Märkte für komplementäre Sach- und Dienstleistungen. Diese Aspekte lassen sich im wesentlichen darauf zurückführen, daß es der kasachischen Land- und Volkswirtschaft bisher nicht gelungen ist, die nach der Unabhängigkeit zusammengebrochenen Verflechtungen innerhalb des zentralverwaltungswirtschaftlichen Systems durch neue nationale und internationale Beziehungen zu ersetzen.

Richard Mulwa diskutierte zum Abschluß des agrarwirtschaftlichen Themenblocks die konsistente Berücksichtigung negativer externer Effekte in der Messung der totalen Faktorproduktivität (gemeinsam mit Ernst-August Nuppenau, ebenfalls Giessen und Joseph P. Gweyi-Onyango, Universität Hohenheim). Der Autor orientierte sich dabei an der Diskussion, wie nicht-marktfähige Güter konsistent in Produktivitäts- und Effizienzanalysen zu berücksichtigen sind. Aufbauend auf verschiedenen Ansätzen zur Implementierung der externen Effekte (radial, hyperbolisch u. a.) stellte er Vorgehensweisen vor, in denen unerwünschte Umwelteffekte durch entsprechende Restriktionen in einem nichtparametrischen Ansatz berücksichtigt und bewertet werden konnten. Empirisch angewandt wurde das Modell auf Umweltbeeinträchtigungen aufgrund des Stickstoff- und Phosphatüberschusses in der kenianischen Zuckerrohrproduktion. Die Ergebnisse zeigten, daß die totale Faktorproduktivität – als Summe der Veränderungen der Effizienz und des technischen Fortschritts – durch die Berücksichtigung externer Effekte deutlich verringert wird. Interessanterweise ist dieses Ergebnis nicht auf die Unterschiede in der Effizienz, sondern in der Verringerung des Einflusses des technischen Fortschritts zurückzuführen.

Fazit und Ausblick über zukünftige Forschungsfelder in der Effizienzforschung

Die Vielfältigkeit der angesprochen Themen verdeutlicht die Breite möglicher Anwendungen und die fruchtbare Verwendung der auf dem Workshop

vorgestellten empirischen und theoretischen Ergebnisse für Wissenschaft, Wirtschaft und Politikberatung. Es wurde zudem deutlich, daß die Ansätze zur Effizienzanalyse in den letzten Jahren sehr verfeinert wurden, so daß sie für eine detaillierte und problemadäquate Analyse zahlreicher ökonomischer Phänomene zunehmend geeigneter werden. Dies betrifft nicht nur die nicht-parametrischen, sondern im besonderem Maße auch die parametrischen Verfahren. Zukünftige Forschungs- und Anwendungsfelder, insbesondere theoretischer Natur, haben die beiden international ausgewiesenen Key-Note Speaker Timothy Coelli von der University of Queensland und Subal Kumbhakar von Binghamton University, State University of New York vorgestellt. Beiden sehen in der Erweiterung der Effizienzanalysen um Mehrgleichungsmodelle sowie in der weiteren Differenzierung technischer Effizienz in beeinflussbare, nicht beeinflussbare und stochastische Effekte interessante akademische Perspektiven.

Die Vielzahl und die Qualität der Beiträge haben die Bedeutung von Effizienz- und Produktivitätsanalysen eindrucksvoll unterstrichen. Aufgrund der positiven Reaktionen der Vortragenden und weiterer interessierter Teilnehmer wird der Workshop in den folgenden Jahren eine Fortsetzung mit sicherlich ähnlich ambitionierten Arbeiten finden.

*Christian.Growitsch@iwh-halle.de
hockmann@iamo.de**

* PD Dr. Heinrich Hockmann ist stellvertretender Leiter der Abteilung Agrarmärkte, Agrarvermarktung und Weltagrarchandel am Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa, IAMO.

Ostdeutsches Baugewerbe im Juni 2006: Stimmung anhaltend gut

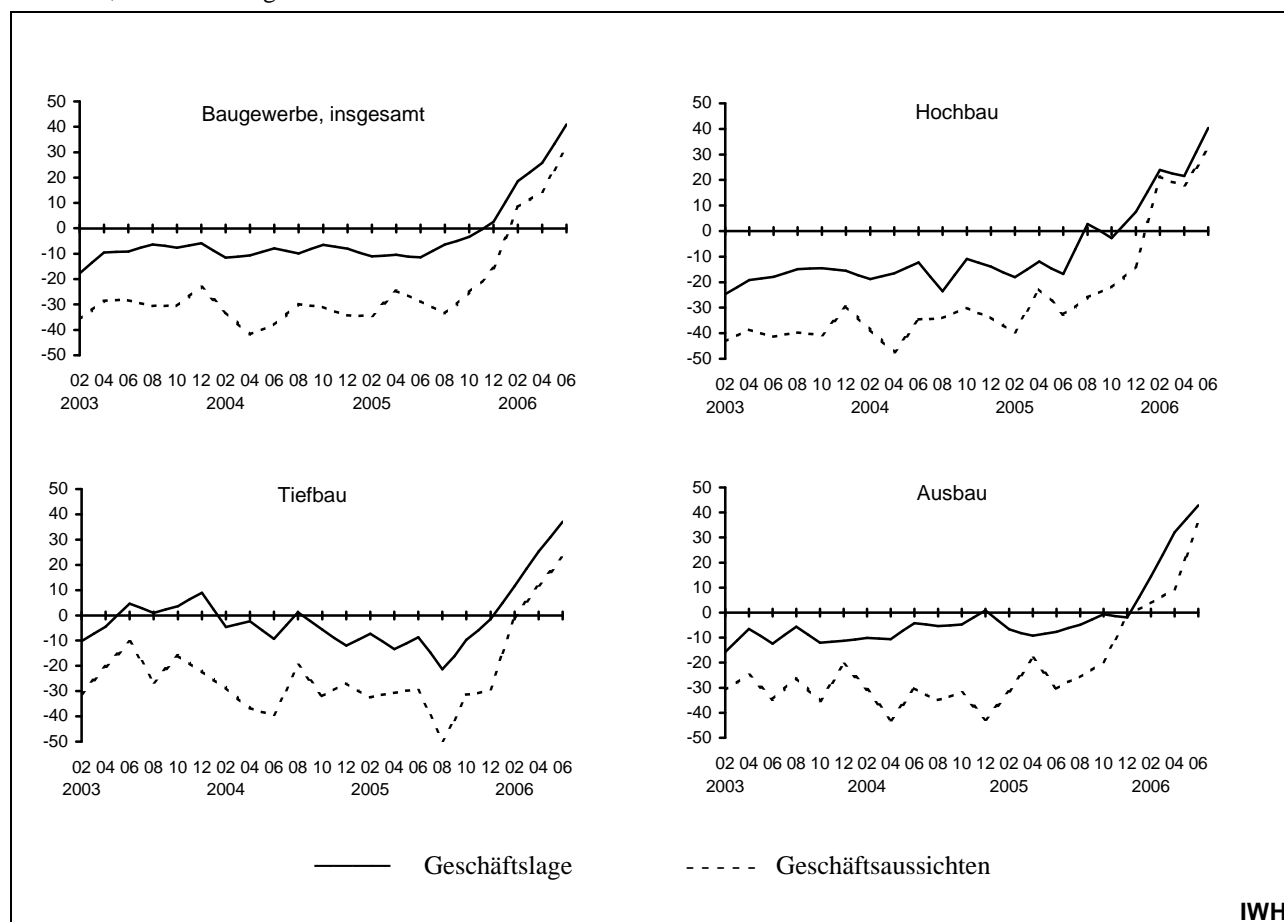
Das Geschäftsklima wird im Juni laut Umfrage des IWH unter 300 ostdeutschen Bauunternehmen günstiger beurteilt als in der vorangegangenen Befragung im April. Aber auch gegenüber dem Vorjahr ergibt sich ein deutlich verbessertes Bild (vgl. Tabelle). Mit drei Vierteln positiver Stimmen sowohl bei der Geschäftslage als auch bei den Geschäftsaussichten wird eine Situation angezeigt, die es in den letzten zehn Jahren nicht gab. Maßgeblich sind zum einen immer noch Nachholeffekte nach dem sehr langanhaltenden Winter. Zum anderen überdecken zur Zeit Sonderfaktoren die an sich abwärtsgerichtete Tendenz auf dem ostdeutschen Baumarkt.

Die gegenwärtig positive Stimmung spiegelt sich auch in der saisonbereinigten Darstellung wider (vgl. Abbildung). Zur Klimaverbesserung tragen sowohl die Lage als auch die Aussichten

bei. Die Aufhellung bei der Zukunftskomponente ist geringfügig stärker ausgeprägt.

Zwischen den Sparten differiert das Stimmungsbild nur wenig. Im *Hochbaubereich* werden die Baugeschäfte wieder günstiger beurteilt. Die zuletzt gestiegenen Aufträge im Wohnungsbau stehen im Zusammenhang mit der zu Jahresanfang gestrichenen Eigentumsförderung und der Mehrwertsteuererhöhung im nächsten Jahr. Der im Vorjahr beobachtete Genehmigungsschub wird wohl zum größten Teil in diesem Jahr produktionswirksam, zumal so die niedrigeren Mehrsteuersätze noch mitgenommen werden können. Darüber hinaus ziehen die privaten Haushalte Baumaßnahmen im Wohnungsbestand in dieses Jahr vor, um die mit der höheren Mehrwertsteuer verbundenen Mehrkosten zu umgehen. Die positiven Erwartungen der Unternehmen reichen bis zum Jahresende,

Geschäftslage und -aussichten laut IWH-Umfragen im ostdeutschen Baugewerbe
- Salden^a, saisonbereinigte Monatswerte -



^a Die Salden von Geschäftslage und -aussichten werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven und negativen Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen siehe „Periodische Informationen/Aktuelle Konjunkturdaten“ unter www.iwh-halle.de

Quelle: IWH-Baumfragen.

da die Vorzieheffekte erwartungsgemäß das gesamte Jahr über wirken werden. Von diesen Impulsen profitieren auch die überwiegend im Ausbau tätigen Unternehmen. Besonders augenfällig verbessern sich hier die Aussichten.

Auch im Tiefbau wurden im Juni die aktuelle Lage und die Erwartungen bis zum Jahresende deutlich günstiger bewertet. Die Aufhellung fällt aber schwächer aus als in den beiden anderen Sparten. Hier dürften zwar noch die witterungsbedingten Produktionsausfälle aus dem ersten Quartal nachgeholt werden. Die eingehenden Order von der öffentlichen Hand waren zuletzt aber nicht mehr ganz so umfangreich. Die Produktionserwartungen

für die zweite Jahreshälfte steigen deshalb auch nur schwach.

Die Situation am ostdeutschen Bau scheint sich zuletzt etwas entspannt zu haben. Von einer grundsätzlichen Trendwende kann jedoch nicht gesprochen werden. Die Impulse sind zum größten Teil temporärer Natur. Nach dem kräftigen Produktionseinbruch im vergangenen Jahr ist höchstens mit einem etwas geringeren Rückgang zu rechnen.

Brigitte.Loose@iwh-halle.de

Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfragen im ostdeutschen Baugewerbe
- Vergleich der Ursprungswerte zum Vorjahreszeitraum und zur Vorperiode, Stand Juni 2006 -

Gruppen/Wertungen	gut (+)			eher gut (+)			eher schlecht (-)			schlecht (-)			Saldo		
	Juni 05	Apr. 06	Juni 06	Juni 05	Apr. 06	Juni 06	Juni 05	Apr. 06	Juni 06	Juni 05	Apr. 06	Juni 06	Juni 05	Apr. 06	Juni 06
	- in % der Unternehmen der jeweiligen Gruppe ^a -														
Geschäftslage															
Baugewerbe insgesamt	16	17	27	33	43	48	39	32	20	13	8	5	-3	19	50
Zweige/Sparten															
Bauhauptgewerbe	16	15	22	33	44	54	36	35	19	15	6	5	-1	18	52
darunter ^b															
Hochbau	17	17	23	31	43	53	34	36	19	18	4	5	-4	20	52
Tiefbau	15	11	16	36	47	59	37	34	21	12	8	4	1	16	50
Ausbaugewerbe	15	23	41	32	38	31	45	25	20	9	14	8	-7	22	44
Größengruppen															
1 bis 19 Beschäftigte	14	19	33	30	37	45	42	30	14	14	14	8	-13	13	57
20 bis 99 Beschäftigte	17	15	23	32	43	48	36	37	24	15	5	5	-2	16	42
100 und mehr Beschäftigte	17	17	25	42	52	53	38	24	19	4	7	3	17	38	56
Geschäftsaussichten															
Baugewerbe insgesamt	12	18	23	29	51	50	47	26	23	12	6	4	-18	37	45
Zweige/Sparten															
Bauhauptgewerbe	12	16	19	31	55	54	46	26	24	11	4	3	-14	41	47
darunter ^b															
Hochbau	13	19	21	30	54	53	43	23	24	14	4	2	-15	45	48
Tiefbau	11	12	14	33	56	58	48	29	25	8	3	3	-13	36	43
Ausbaugewerbe	12	22	33	25	41	38	51	25	21	12	12	7	-26	25	43
Größengruppen															
1 bis 19 Beschäftigte	8	19	24	26	46	49	51	27	23	15	9	4	-32	29	46
20 bis 99 Beschäftigte	13	17	19	26	50	51	48	30	25	12	3	5	-21	34	40
100 und mehr Beschäftigte	17	17	31	48	62	47	35	14	19	0	7	3	30	59	56

^a Summe der Wertungen je Umfrage gleich 100 - Ergebnisse gerundet. – ^b Hoch- und Tiefbau werden als Darunterposition ausgewiesen, da ein Teil der an der Umfrage beteiligten Unternehmen keiner dieser Sparten eindeutig zugeordnet werden kann.

Quelle: IWH-Baumfragen.

Veranstaltungen:

Vorankündigungen:

3. IAB-IWH-Workshop „Arbeitsmärkte und Mobilität“

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) und das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nürnberg (IAB) veranstalten einen gemeinsamen zweitägigen Workshop zum Thema „Arbeitsmärkte und Mobilität“, der am 9. und 10. November 2006 in Halle (Saale) stattfindet. Auf dem Workshop sollen Arbeitsmarktprobleme vorgestellt und diskutiert werden, die in einem inhaltlichen Zusammenhang zur regionalen Mobilität, zur Einkommensmobilität und zur beruflichen Mobilität stehen. Besonderer Wert wird auf die Darstellung der politischen Implikationen der jeweiligen Resultate gelegt.

Tagung „Halle Forum on Urban Economic Growth“

Das IWH veranstaltet am 23. November 2006 die Tagung „Halle Forum on Urban Economic Growth“. Das Forum bietet sowohl Wissenschaftlern als auch Praktikern die Möglichkeit, theoretische und empirische Fortschritte der Stadtökonomik und Determinanten städtischen Wachstums zu diskutieren.

Durchgeführte Veranstaltungen

1st Halle Efficiency and Productivity Analysis Workshop - HEPAW

Am 20. und 21. Juni 2006 hat das IWH gemeinsam mit dem Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa (IAMO) einen Workshop zu den Themen Effizienz- und Produktivitätsanalysen, den „1st Halle Efficiency and Productivity Analysis Workshop - HEPAW“ veranstaltet. Ziel des Workshops war die Diskussion aktueller theoretischer und empirischer Forschungsergebnisse der Produktivitäts- und Effizienzmessung aus den Disziplinen Volkswirtschaftslehre, Agrarökonomik, Betriebswirtschaftslehre und verwandten Gebieten. Die vorgestellten theoretischen und empirischen Arbeiten behandelten dabei Aspekte wie den Zusammenhang von Produktpreisen und -qualität, die Effizienz von Deutschen Universitäten und regionalem ÖPNV, der Deutschen Elektrizitätswirtschaft wie der Europäischen Eisenbahnindustrie. Außerdem wurde die aktuelle internationale agrarwirtschaftliche Forschung vorgestellt. Als Keynote Speakers konnten die international ausgewiesenen Wissenschaftler Prof. Tim Coelli, University of Queensland, und Prof. Subal Kumbhakar, Binghamton University, gewonnen werden, die neueste theoretische Erkenntnisse aus dem Bereich der Effizienzanalyse vorgestellt haben (siehe auch Bericht in dieser Ausgabe).

Workshop „Monetary and Financial Economics“

Der bereits zum vierten Mal in Halle stattgefundene internationale Workshop am 29. und 30. Juni 2006 wurde wieder gemeinsam mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und erstmals auch mit dem Volkswirtschaftlichen Forschungszentrum der Deutschen Bundesbank organisiert. Dieser Workshop richtet sich an Nachwuchswissenschaftler und bietet diesen ein Forum, ihre Forschungsergebnisse zur Diskussion zu stellen und einer kritischen Bewertung durch ausgewiesene Hochschullehrer und erfahrene Wissenschaftler zu unterziehen. Es wurden unter anderem Arbeiten vorgestellt, die sich mit Fragen der praktischen Geldpolitik, der Funktionsweise von Bankensystemen oder auch mit Problemen der monetären Makroökonomik befaßten.

Workshop „Time Series Analysis and Economic Forecasting“

Das IWH veranstaltete am 14. Juli 2006 einen Workshop zur Zeitreihenanalyse und makroökonomischen Prognose. Gegenstand waren zum einen moderne Testverfahren, die auch bei schwacher Identifikation noch zuverlässige Ergebnisse lieferten. Zum anderen wurde das makroökonomische Prognosemodell des IWH vorgestellt und Weiterentwicklungsmöglichkeiten desselben diskutiert.